

Ökosozialismus oder Barbarei?

MKKM und Politische Umweltökonomik als Alternativen in Krisenzeiten

Einleitung

Sozialismus oder Barbarei? Vor über hundert Jahren, inmitten des Ersten Weltkriegs im Gefängnis eingesperrt, sah Rosa Luxemburg (2012 [1916], S. 10) diese zwei Alternativen für die Zukunft. Heute bedeutet „Barbarei“ nicht nur die kriegerische Zerstörung von Menschen, sondern auch die kapitalistische Zerstörung der Natur. Die gegenwärtige Gewalt gegen Mensch und Natur manifestiert sich in einer Reihe von Krisen: Klimakrise, Corona, Krieg, künstliche Intelligenz, usw. Die hochwahrscheinliche Zuspitzung dieser Krisen, mit all ihren möglichen und unbekanntenen Auswirkungen, ist gut belegt: Die nüchternen Zukunftsprojektionen des IPCC (2023, S. 22) zeigen den Weg in die „Klimahölle“, wie es UN-Generalsekretär António Guterres ausdrückt (Krichmayr, 2024). Die Weltgesundheitsorganisation forscht vermehrt und vorausschauend an „Pathogen X“, um die Welt auf potenzielle neue und im Vergleich zu Corona deutlich tödlichere Pandemien vorzubereiten (World Health Organization, 2024). Das Uppsala Conflict Data Program verzeichnet in den letzten 20 Jahren eine fast stetige Zunahme innerstaatlicher und zwischenstaatlicher Kriege (Davies, Pettersson, & Öberg, 2023). Dies alles schließlich vor dem Hintergrund der „nächsten technologischen Welle“ (Suleyman & Bhaskar, 2023), also der künstlichen Intelligenz, die nicht nur die Kriegsführung und ein neues Wettrüsten (vgl. Morozov, 2023), sondern auch die „menschliche Natur“ massiv beeinflussen wird (vgl. Zuboff, 2019).

Was tun? Der vorliegende Artikel möchte dazu beitragen, die gegenwärtigen Umwelt- und Klimakrise als mit der kapitalistischen Gesellschaft ursächlich miteinander verbunden zu betrachten – ohne jedoch das Rad neu zu erfinden oder gar Rezepte „für die Garküche der Zukunft“ zu verschreiben (Marx, 2013 [1867], S. 25). Dieser Artikel ist dabei folgendermaßen aufgebaut: In Kapitel 1 wird „Krise“ als Begriff eingeführt, der die aus dem Kapitalismus resultierenden Herausforderungen beschreibt, deren Nichtbearbeitung in die „Barbarei“ münden kann. In Kapitel 2 werden drei verschiedene umweltökonomische Theorieschulen vorgestellt: die Neoklassik, der Keynesianismus und die Politische Ökonomik. Darauf aufbauend werden in Kapitel 3 nach dem Schema MKKM (Maria Mies, Karl Marx, Karl Polanyi, Mathias Binswanger) Inspirationsquellen einer Politischen Umweltökonomik vorgestellt. In Kapitel 4 werden, aufbauend auf Kapitel 2, der Green Deal und der Green New Deal als politisch-praktische Folgen der neoklassischen und der keynesianischen Umweltökonomik dargestellt und anschließend aus Sicht der politischen Umweltökonomik kritisch unter die Lupe genommen. In Kapitel 5 wird schließlich, aufbauend auf Kapitel 3, der Ökosozialismus als Möglichkeit diskutiert, die Umwelt- und Klimakrise ernsthaft und nachhaltig zu lösen.

1 Barbarei und Krise

Schon im antiken Athen und Rom wurden fremde Völker jenseits der Reichsgrenze als „Barbaren“ bezeichnet, die – im Einklang mit kriegspropagandistischen Zwecken – zumindest diskursiv bekämpft werden müssten. Friedrich Engels (1975 [1884]) wiederum bezeichnet in Anlehnung an Lewis Henry Morgan die „Barbarei“ als evolutorische Übergangsstufe zwischen „Wildheit“ und „Zivilisation“ – wobei die Barbarei bei Engels keineswegs so negativ konnotiert ist wie ihm dies Luxemburg (2012 [1916], S. 10) unterstellt. Diese zwei Bedeutungen des Begriffs Barbarei sind *nicht* Inhalt des vorliegenden Artikels. Unter Barbarei soll vielmehr eine vorübergehende Phase verstanden werden, in der zuvor geltende moralische, politische, ökonomische und ökologische Regeln außer Kraft gesetzt werden. Somit ließe sich bei Ausbleiben radikaler gesellschaftlicher Veränderungen in naher Zukunft möglicherweise von „Ökobarbarei“ oder von „KI-Barbarei“ sprechen, die von einer Phase des „Kulturverlustes“ oder des „zivilisatorischen Rückschritts“ überlagert werden. Besonders deutlich tritt die Barbarei jedoch in der Zeit vor, während und nach Kriegen zutage. So hat Antonio Gramsci (2002, S. 354) die Barbarei der Zwischenkriegszeit als „Interregnum“ bezeichnet, als Zwischenzeit also, in der „das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann“. In dieser „Zeit der Monster“, wie es Slavoj Žižek (2010) in Anlehnung an Gramsci ausdrückt, kamen schließlich jene totalitären und antidemokratischen Ideologien in Gestalt des Nationalsozialismus, Faschismus und Stalinismus an die Macht, die wesentlich zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs beitrugen. Es kam nach dem Ersten Weltkrieg also abermals zum „Rückfall in die Barbarei“ und nicht zum „Sieg des Sozialismus [...] gegen den Imperialismus und seine Methode: den Krieg“ (Luxemburg, 2012 [1916], S. 10).

Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg gilt im kollektiven Gedächtnis bis heute als goldenes Zeitalter des zivilisatorischen Fortschritts, des Friedens und des Wirtschaftswunders. Diese „Nichtbarbarei“ galt freilich nur für jene „entwickelten“ Länder des globalen Nordens, die sich in Folge von Kolonialismus, Imperialismus und internationaler Ausbeutung von Mensch und Natur jene umverteilenden, friedensstiftenden und wachstumsstimulierenden Institutionen leisten konnten, die bis heute als „Wohlfahrtsstaat“ bezeichnet werden (vgl. Brand & Wissen, 2024; 2017). Bei genauerer Betrachtung wird aber klar, dass nicht nur außerhalb, sondern auch innerhalb der kapitalistischen Zentren der Weltwirtschaft „barbarische“ Elemente in Form von patriarchalen Strukturen, ökonomischen Ungleichheiten, betrieblicher Fremdbestimmung und rassistischer Benachteiligung fortbestanden. Bei genauerer Betrachtung wird ebenfalls klar, dass der Begriff der „Barbarei“ alleine nicht geeignet ist, um die historischen Formwechsel des Kapitalismus mitsamt all seinen Widersprüchen und Problemen erschöpfend zu erfassen: Erstens, weil der Begriff der Barbarei zu wenig präzise ist und die klare Verbindung zum Kapitalismus fehlt und zweitens, weil der Begriff mitunter altbackene Konnotationen zu Krieg und Kulturverlust hervorruft.

Daher wird im vorliegenden Artikel der Begriff der „Krise“ gewählt, um ganz allgemein die mit dem Kapitalismus zusammenhängenden gegenwärtigen gesellschaftlichen Herausforderungen zu adressieren, während die Barbarei aus der dauerhaften Nichtbearbeitung dieser Herausforderungen entstehen kann. Joris Steg (2020) definiert eine Krise präzise und prägnant anhand von fünf Eigenschaften: Eine Krise ist, erstens, ein alltägliches und zugleich abnormales Phänomen im Kapitalismus und bildet somit eine (normale) Abweichung vom Normalzustand bzw. eine „normale Anomalie“: „Jede Krise ist eine zeitlich begrenzte nicht-normale, nicht-gewollte, nicht-intendierte und nicht-geplante Ausnahmesituation.“ (Steg, 2020, S. 428) Dies bedeutet laut Steg vor allem, dass eine Krise nicht als „Dauerzustand“ verharmlost werden sollte, sondern dass sie im Gegensatz zu einem „Allerweltsausdruck“ als analytisch fundierter Begriff wissenschaftlich ernst genommen werden sollte. Zweitens ist jede Krise in erster Linie ein gesamtgesellschaftliches, politisches, also kein individuelles, psychologisches Phänomen. Dies bedeutet, dass „Beziehungskrisen“ oder „psychische Krisen“ nicht in die Kategorie der Krise fallen, die im vorliegenden Artikel verwendet wird – wenn auch natürlich nachgezeichnet werden könnte und sollte, wie gesellschaftliche Krisen auf der Makroebene mit individuellen „Krisen“ auf der Mikroebene interagieren (siehe z.B. Ottomeyer, 2022; 1977). Drittens sollte eine Krise laut Steg als gesellschaftlicher Veränderungsprozess und nicht als Resultat von Teleologie, Determinismus, Automatismus oder Mechanismus verstanden werden. Dies bedeutet, dass der Ausgang einer Krise ungewiss ist bzw. ihre weitere Entwicklung nicht vorgegeben ist. Dies liegt, viertens, daran, dass jede Krise politisch umkämpft ist, es also in ihr und um sie einen Kampf um Hegemonie und Deutungshoheit gibt. Dies bedeutet, dass jede Krise sowohl Gefahr als auch Chance bedeutet, also VerliererInnen und GewinnerInnen hervorbringt – je nachdem, wer im Kampf um Hegemonie und Deutungshoheit welche Krisendiagnosen und Bewältigungsstrategien geltend machen kann. Fünftens und letztens sind Krisen im Kapitalismus laut Steg (2020) zwar wiederkehrende Phänomene, aber trotz ähnlicher Ursachen hat jede Krise eine Eigenlogik und ist somit historisch einzigartig. Dies bedeutet, dass man in wissenschaftlicher und politischer Hinsicht nützliche Lehren aus früheren Krisen ziehen kann, aber etwaige Lösungen nicht eins zu eins auf gegenwärtige Krisen übertragen kann.

Bevor wir weiter auf die historischen Ursachen der gegenwärtigen Krisen eingehen, wollen wir kurz zusammenfassen: Unter Barbarei verstehen wir eine (kurze) historische Phase, in der sich die (langfristig wirkenden) Krisenursachen aufgrund notorischer Nichtbearbeitung besonders dramatisch entladen, sodass deren Lösung für kurze Zeit überhaupt nicht möglich bzw. sinnvoll absehbar ist. Die Krise ist schlimm genug, aber in ihr gibt es zumindest kleine Möglichkeitsfenster zu ihrer nachhaltigen und sozial-ökologischen Bearbeitung. Die Barbarei ist das Schlimmste, was passieren kann – in ihr werden sämtliche Möglichkeitsfenster derart unkontrolliert und hemmungslos verschlossen, dass

deren Glassplitter jegliche Hoffnungen auf ein friedliches Zusammenleben vorübergehend verbluten lassen.

Wir kehren nun zurück zum „goldenen Zeitalter“ nach dem Zweiten Weltkrieg, dessen Ende in den 1970er und 1980er Jahren einsetzte: Nachdem die Märkte (v.a. für dauerhafte Konsumgüter) zunehmend gesättigt waren, die globale Konkurrenz (z.B. in der Automobilbranche) immer stärker wurde, die patriarchalen Strukturen (v.a. in Familie und Betrieb) verstärkt kritisiert wurden, die letzten Kolonien (v.a. in Afrika und in der Karibik) formell unabhängig wurden und zahlreiche Umweltbewegungen (wie z.B. Greenpeace oder GLOBAL 2000) entstanden – wurden auch im globalen Norden die Widersprüche des Kapitalismus immer deutlicher sichtbar. Gleichzeitig versuchten die führenden Länder des globalen Nordens die Auswirkungen dieser Widersprüche durch sukzessive Inflations-, Schulden- und Finanzmarktderegulierungspolitik für ihre jeweiligen Bevölkerungen abzumildern (Streeck, 2016, S. 73-94), weshalb Wolfgang Streeck (2013) diese Zeit als „gekaufte Zeit“ bezeichnet, die die „Krise des demokratischen Kapitalismus“ bloß „vertagt“ hat – bis die globale Finanzkrise 2008 endgültig die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus vor Augen geführt hat.

Dieser kurze historische Exkurs soll verdeutlichen, dass der Kapitalismus seit jeher eine von zumindest latenten Krisen geprägte Gesellschaftsordnung ist (für eine längerfristige Analyse der Krisen im Kapitalismus siehe z.B. Steg, 2019 oder Plumpe, 2011). Die „Stabilität“ in den kapitalistischen Zentren bzw. im globalen Norden beruht jedoch auch abseits barbarischer Eruptionen auf einem zutiefst barbarischen Alltag in der kapitalistischen Peripherie bzw. im globalen Süden – also auf der Ausbeutung von Mensch und Natur bzw. auf der Auslagerung sozialer, ökologischer und ökonomischer Kosten aus dem globalen Norden in den globalen Süden (Brand & Wissen, 2024; 2017). Es ist theoretisch möglich, aber praktisch nicht allzu wahrscheinlich, dass sich sämtliche durch den Kapitalismus verstärkte bzw. ausgelöste Krisen in einer endgültigen und alles entscheidenden „Vielfachkrise“ einzigartig „verdichten“ (vgl. Demirović, Dück, Becker, & Bader, 2011 sowie Demirović & Maihofer, 2013, S. 37). Damit ist nicht gemeint, dass sich unterschiedliche Krisen nicht gegenseitig verstärken können, sondern dass nicht im Vorhinein davon ausgegangen werden kann, dass der Kapitalismus an seinen Krisen zwingend und zeitnah zugrunde gehen wird. Anders ausgedrückt kann der Kapitalismus die Klimakrise durchaus überdauern: „To put it bluntly, capital can in principle continue to accumulate under any natural conditions, however degraded, so long as there is not a complete extinction of human life.“ (Burkett, 1999, S. 196) Es gibt im Kapitalismus also keinen vorgegebenen Automatismus, der dazu führt, dass er untergehen wird – sei es durch Krisen, sei es durch eine proletarische Weltrevolution oder sei es durch spontan entstehende „Gegenbewegungen“ (vgl. Polanyi, 2001 [1944]).

Dass der Kapitalismus (noch) nicht an seinen Krisen zugrunde geht, liegt nicht zuletzt daran, dass die führenden Nationalstaaten im globalen Kapitalismus alles in ihrer Macht stehende tun, um einzelne

Krisen „partiell zu lösen“ bzw. „selektiv zu bearbeiten“, sie also „durch entsprechendes Krisenmanagement voneinander zu isolieren oder sozial, räumlich oder zeitlich zu verschieben“ (Demirović & Maihofer, 2013, S. 33). Umweltkrise, Klimakrise, Reproduktionskrise, Demokratiekrise, Verteilungskrise, durch neue Epidemien und neue Technologien hervorgerufene Krisen – all diese Krisen sind ursächlich durch das konkrete Mensch-Mensch-Natur-Verhältnis im Kapitalismus miteinander verbunden (vgl. Saito, 2016), was aber in vorherrschenden Medien, Politiken und Wissenschaftsdisziplinen nicht so gesehen und vermittelt wird. Bevor wir Kapitel 4 die „falschen Freunde“ fortschrittlicher Lösungsstrategien diskutiert werden, wird im nächsten Kapitel näher auf die unterschiedlichen theoretischen Perspektiven auf diese Krisen eingegangen, wobei im vorliegenden Artikel die Umweltkrise (zu der hier die Klimakrise gezählt wird) fokussiert wird.

2 Wirtschaftswissenschaften vs. Sozialwissenschaften

Was hat uns in die Umweltkrise geführt? Jenseits der technisch-naturwissenschaftlichen Ursachen der Umweltkrise (wie der Verbrennung fossiler Energieträger, der Waldrodungen, der Vermüllung sowie allgemein der Verschmutzung von Luft, Wasser und Erde) möchte der vorliegende Artikel die *gesellschaftlich-sozialwissenschaftlichen* Ursachen der Umweltkrise ergründen. Die Frage nach den Ursachen der Umweltkrise ist im Wesentlichen eine Frage der theoretischen *Perspektive*. Die Sozialwissenschaft ist schließlich eine vielfältige Disziplin, in der verschiedene theoretische Perspektiven bzw. *Theorieschulen* miteinander um die „richtige“ Deutung der Realität konkurrieren. Im vorliegenden Artikel sollen in Anlehnung an Markus Wissen (2012) drei Theorieschulen (Neoklassik, Keynesianismus und Politische Ökonomik) näher beleuchtet und deren jeweilige Deutungen der Umweltkrise miteinander verglichen werden, um in Kapitel 4 einige theoretische Widersprüche aufzuzeigen, die jedoch ganz praktische, essenzielle und lebensbedrohliche Auswirkungen haben. (Für eine detailliertere Gegenüberstellung verschiedener ökonomischer Theorieschulen siehe Exploring Economics.)

Ausgangspunkt dieser Überlegungen bildet die Überzeugung, dass Wissenschaftsdisziplinen im Allgemeinen sowie Theorieschulen im Besonderen komplexe kulturelle Konstrukte bzw. „kollektive Mythen“ (Harari, 2015) sind, deren Deutungen der Welt in dem Ausmaß real und wirkmächtig werden, in dem eine hinreichende Menge an Menschen daran glaubt bzw. in dem diese Deutungen Eingang in politische und juristische Entscheidungsprozesse finden (vgl. Aspers & Beckert, 2017, S. 232-233; Maeße & Sparsam, 2017). Anders ausgedrückt wird der Kampf um die „kulturelle Hegemonie“ (Gramsci, 2002) nicht nur in Politik, Wirtschaft und Kultur, sondern auch in der Wissenschaft durch eine Kombination von Zwang und Zustimmung geführt. Daraus folgt, dass es in der Geschichte theoretische Konjunkturen bzw. „Blasen im Fach“ gibt (Kurz, 2020), dass also unterschiedliche Theorieschulen zu unterschiedlichen Zeitpunkten unterschiedlich dominant sind. So hat

beispielsweise, grob gesagt, die marginalistische bzw. neoklassische Theorieschule gegen Ende des 19. Jahrhunderts die zuvor dominante Klassische Politische Ökonomie ersetzt, bis dann nach dem Zweiten Weltkrieg der Keynesianismus vorherrschend war, bevor er in den 1970er und 1980er Jahren vom Neoliberalismus bzw. von der Neoklassik weitgehend ersetzt wurde.

Die drei im vorliegenden Artikel behandelten Theorieschulen gelten üblicherweise als „wirtschaftswissenschaftliche“ Theorieschulen und daher bedarf deren Auswahl einer kurzen Erklärung, da im vorliegenden Artikel nicht die rein ökonomischen, sondern die gesamtgesellschaftlichen Aspekte der Umweltkrise von Interesse sind. Wie Nancy Fraser ausführt, lautet die „offizielle Erzählung“ des Kapitalismus über sich selbst, dass er in erster Linie ein Wirtschaftssystem ist. Selbstverständlich kann der Kapitalismus gar nichts erzählen, sondern nur seine VertreterInnen in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. So kommt es, dass die meisten ÖkonomInnen dazu neigen ihre Analysen auf „die Wirtschaft“ zu beschränken, wodurch die verkürzte Erzählung des Kapitalismus „über sich selbst“ reproduziert wird, indem die „Hintergrundbedingungen“ des Kapitalismus, also vor allem Politik, Umwelt und patriarchale Geschlechterverhältnisse, ausgeblendet werden (Fraser & Jaeggi, 2020; Fraser, 2016). Wir wollen jedoch in Übereinstimmung mit Fraser den Kapitalismus als gesamtgesellschaftliches Phänomen begreifen, das sich nicht auf die Wirtschaft beschränkt, sondern alle menschlichen und nicht-menschlichen Lebensbereiche prägt. Anders ausgedrückt ist die Wirtschaftswissenschaft immer auch eine Sozialwissenschaft, da ihre Analysen immer auch die Gesellschaft als Ganzes prägen, und die Sozialwissenschaft immer auch eine Wirtschaftswissenschaft, da ihre Analysen zu einem besseren Verständnis der Wirtschaft beitragen.

2.1. Neoklassik: Der Markt als Lösung

Die neoklassische Theorieschule bzw. die *Neoklassik* ist seit Jahrzehnten in den Wirtschaftswissenschaften vorherrschend, sodass deren Ideen in wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten und Zeitschriften sowie in entsprechenden politischen Kommissionen und internationalen Organisationen vorherrschend sind. Es ist in vorliegendem Artikel unmöglich im Detail auf die wichtigsten Kernelemente und die innere Vielfalt dieser Theorieschule einzugehen, weshalb an dieser Stelle nur die *neoklassische Umweltökonomik* skizziert werden kann. Diese geht laut Wissen (2012) davon aus, dass die Natur eine Kapitalsorte wie jede andere ist und dass die unterschiedlichen Kapitalsorten (Natur-, Geld-, Real-, Humankapital etc.) unbegrenzt substituierbar sind. Den Klimawandel bzw. die Klimakrise betrachtet die neoklassische Umweltökonomik nur dann als Problem, wenn dadurch der gesamte Kapitalstock in der Ökonomie schrumpft. Als *Lösung* des Umweltproblems werden Märkte betrachtet, da sie effiziente Verteilungsmechanismen seien, die die Knappheit von Gütern (zu denen auch natürliche Ressourcen zählen) in einem entsprechenden Marktpreis widerspiegeln. Wenn also z.B. Naturkapital in Form von Erdöl knapp wird, dann sorgt in der Neoklassik

der Marktmechanismus von Angebot und Nachfrage dafür, dass der Preis von Erdöl steigt, wodurch der Einsatz von Erdöl in Produktionsprozessen teurer und somit auch unrentabler und unattraktiver wird. Diese führe letztendlich dazu, dass jene technologischen Innovationen „marktfähig“ werden, die anstelle von Erdöl auf alternative Energiequellen zurückgreifen.

In anderen Worten sorgt in der Neoklassik der funktionierende Marktmechanismus grundsätzlich dafür, dass etwaige „externen Kosten“ internalisiert werden, also korrekt im Marktpreis eines Gutes abgebildet werden. Für den Fall jedoch, dass das Zusammenspiel von Knappheit und Marktpreis aus welchen Gründen auch immer nicht funktioniert – wie dies anhand der unsystematischen Entwicklung des Rohölpreises in den letzten 150 Jahren ersichtlich ist (siehe Energy Institute, 2024, S. 30) –, sollte der Staat behutsam in Form von „Ordnungspolitik“ die Rahmenbedingungen der Marktwirtschaft verändern, um etwaige „Marktversagen“ zu beheben (für eine detailliertere Diskussion von Marktversagen und neoklassischer Lösungsansätze siehe das Lehrbuch *Introduction to Environmental Economic* von Hanley, Shogren, & White, 2013, S. 15-38).

Durch bessere staatliche Rahmenbedingungen soll also nachgeholfen werden, damit die Marktwirtschaft (wieder) effizient ist, bleibt oder wird. Der *Emissionshandel* in der EU wäre ein Beispiel für staatliche Ordnungspolitik, die auf den Grundsätzen der neoklassischen Umweltökonomik basiert. Hierbei vergibt die EU „Emissionszertifikate“, die es Unternehmen erlaubt eine bestimmte Menge CO₂ auszustoßen. Möchte ein Unternehmen jedoch z.B. durch produktionssteigernde Maßnahmen seine CO₂-Emissionen erhöhen, so muss es auf dem von der EU geschaffenen „Markt für Emissionszertifikate“ von anderen Unternehmen, die weniger CO₂ ausstoßen, die „Rechte“ für höhere CO₂-Emissionen abkaufen. In der neoklassischen Terminologie würde sich schließlich durch das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage auf dem Markt für Emissionszertifikate ein „Gleichgewichtspreis“ für CO₂ ergeben. Wie hoch dieser Gleichgewichtspreis tatsächlich ist, wie gut der Emissionshandel funktioniert und ob er geeignet ist, um die Klimakrise ernsthaft zu bearbeiten, soll an dieser Stelle nicht kommentiert werden.

2.2. Keynesianismus: Der Staat als Lösung

Die keynesianische Theorieschule bzw. der *Keynesianismus* ist bei weitem nicht so einflussreich wie die Neoklassik, ist aber in (zumindest ehemals) wichtigen bzw. „staatstragenden“ Segmenten wie sozialdemokratischen Parteien, Gewerkschaften und Wirtschaftskrisenpolitik oft noch ein zentrales ideologisches Element. Der Keynesianismus gründet in erster Linie auf den Lehren von John Maynard Keynes (2013 [1936]), der infolge der Weltwirtschaftskrise 1929 die Neoklassik vor allem dafür kritisierte, dass sie Wirtschaftskrisen weder ernsthaft problematisierte noch vernünftig analysierte. Der Keynesianismus sieht das Problem am Kapitalismus also nicht in etwaigen „Marktversagen“, sondern in der Tendenz regelmäßiger Krisen, die – wie in den 1930er Jahren – dramatische

ökonomische, soziale und politische Auswirkungen haben können. Die Aufgabe des Staates bestehe darin, durch umfassende Eingriffe Krisen zu verhindern oder zumindest abzumildern. Anders ausgedrückt ist im Keynesianismus der Kapitalismus grundsätzlich auf politische Stabilisierung in Form von Finanzmarktregulierung, Kaufkraftstärkung, Umverteilung usw. angewiesen, wobei der Kapitalismus und seine zentralen Institutionen nicht grundsätzlich abgelehnt werden (für eine andere Einschätzung diesbezüglich siehe Crotty, 2019).

Im Gegensatz zur Neoklassik betrachtet der Keynesianismus die unterschiedlichen Kapitalsorten nicht als substituierbar. Die Klimakrise schließlich sei nicht alleine durch bessere marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen bzw. durch Ordnungspolitik zu lösen – sondern durch einen aktiven und starken Staat, der direkt in die Wirtschaft eingreift und reguliert (z.B. in Form von Verboten oder Beschränkungen besonders klimaschädlicher Produktionsprozesse); der öffentliche Gelder investiert (z.B. in den Ausbau erneuerbarer Energien oder der Eisenbahn); und der immer auch die von Lohnarbeit abhängige Bevölkerung finanziell entlastet (z.B. durch progressive und umverteilende Steuersysteme oder durch soziale Absicherung) (Wissen, 2012; weiterführend siehe z.B. Holt, Pressman, & Spash, 2009).

2.3. Politische Ökonomik: Die Zivilgesellschaft als Lösung

Die politökonomische Theorieschule bzw. die *Politische Ökonomik* ist heutzutage kaum Teil der „offiziellen Ideologie“ in Bildungsinstitutionen, Staatsgremien oder ähnlichen Bereichen, in denen sich die „kulturelle Hegemonie“ manifestiert. Gleichzeitig ist der Einfluss der Politischen Ökonomik schwer abzuschätzen: Einerseits, weil diese Theorieschule besonders vielfältig ist, also u.a. marxistische, feministische und ökologische Ansätze umfasst; andererseits, weil diese Theorieschule viel weniger auf den Bereich der „Wirtschaft“ fokussiert ist, also in unterschiedlichen Wissenschaftsdisziplinen (Ökonomik, Soziologie, Politologie, Geschichte etc.) verankert ist. Schließlich, um beim Schema der Überschriften dieser Unterkapitel zu bleiben, kann vereinfacht gesagt werden, dass die Politische Ökonomik in großen Bereichen der Zivilgesellschaft (also in Nichtregierungsorganisationen, politischen Vereinen, Kampagnen u. dgl.) zumindest ansatzweise eine wichtige Inspirationsquelle darstellt (dies ist auch dem Umstand geschuldet, dass nach den negativen Erfahrungen mit dem sowjetischen Staatssozialismus viele Menschen skeptisch gegenüber dem Staat geworden sind). Es ist selbstverständlich verkürzt, die Neoklassik auf die Vertreterin der Interessen des Marktes, den Keynesianismus auf den Vertreter der Interessen des Staates und die Politische Ökonomik auf die Vertreterin der Interessen der Zivilgesellschaft zu reduzieren (siehe z.B. Rajan (2021) für eine weiterführende Diskussion des Verhältnisses von Markt, Staat und Zivilgesellschaft). Dieses Schema soll im vorliegenden Artikel lediglich dazu dienen, wesentliche Konfliktlinien auszumachen, die in Kapitel 4 näher ausgeführt werden.

Laut Wissen (2020) geht die Politische Ökonomik – im Gegensatz zur Neoklassik – davon aus, dass externe Kosten (wie sie z.B. durch Umweltgifte, Artensterben oder Erderhitzung verursacht werden) nicht einfach „internalisierbar“ sind, da der Kapitalismus grundsätzlich auf ein „Äußeres“ angewiesen sei, auf das er die in Produktion und Konsum entstehenden sozialen, ökonomischen und ökologischen Kosten abwälzen kann. Auch „der Staat“ könne die Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus nicht ohne weiteres aufhalten. Mehr noch, aufgrund ungleicher Machtverhältnisse, die sich vom Bereich der Privatwirtschaft auf den Staat übertragen, würden ökologische Probleme sogar verschlimmert (z.B. indem das Lobbying einflussreicher Kapitalfraktionen zu Waldrodungen oder zu staatlichen Subventionen für fossile Energieträger führt). Schließlich würden die keynesianischen Stabilisierungsmaßnahmen, die von Staaten zur Ankurbelung ihrer von der Umweltkrise gebeutelten nationalen Ökonomien angewandt werden, nicht an der Wurzel des Problems, also an der Produktion für Profit statt für menschliche Bedürfnisse, ansetzen. Die Lösung des Problems ist in der Theorie einfach, aber in der Praxis mehr als herausfordernd: Eine starke und vorwärtsdenkende Zivilgesellschaft, die Markt und Staat so umformt, dass das „gute Leben“ nicht auf Kosten von Mensch und Natur ermöglicht wird. Um diesen Argumenten mehr Tiefe zu verleihen, sollen nun vier Pioniere der Politischen Umweltökonomik und ihre Überlegungen näher beleuchtet werden.

3 Inspirationsquellen einer Politischen Umweltökonomik: MKKM

3.1. Maria Mies: Kapitalistisches Patriarchat

Die Umwelt- und Klimakrise ist *menschengemacht*, daran gibt es schon lange keine seriösen Zweifel mehr. Die Menschen sind die einzige Spezies auf der Erde, die die Natur (und andere Menschen) derart unterworfen hat, dass sie ihre eigenen Lebensbedingungen irreversibel zu zerstören droht (vor diesem Hintergrund ist eine lebhafteste Diskussion entstanden zwischen jenen, die von einem neuen Erdzeitalter namens „Anthropozän“ sprechen, und jenen, die stattdessen vom „Kapitalozän“ sprechen – siehe Brand & Wissen, 2024, S. 53-91). Woran liegt das? Sind Menschen dumm oder (zu) intelligent? Sind Menschen böse und egoistisch? Oder ist das alles nur ein Zufall, ein Ergebnis falscher Entscheidungen in der Vergangenheit? Dies sind ebenfalls Fragen der Perspektive, Fragen, die sich um die „Natur des Menschen“ drehen. Darüber sind in den letzten Jahrhunderten dutzende Bücher geschrieben worden, deren Einordnung an dieser Stelle gar nicht möglich, aber auch nicht nötig ist. So hat sich z.B. Rutger Bregman (2020) von Thomas Hobbes bis Jean-Jacques Rousseau intensiv mit den unterschiedlichen Perspektiven auf die „Natur des Menschen“ beschäftigt. Bregman kommt nach Sichtung unzähliger anthropologischer, archäologischer und historischer Befunde zum Schluss, dass Menschen „im Grunde gut“ sind, dass aber vor allem der Wunsch nach Gruppenzugehörigkeit (z.B. unter deutschen Wehrmachtssoldaten) sowie ungleiche Machtverhältnisse (z.B. infolge der Sesshaftwerdung) die

Menschen böse werden lassen können (siehe für eine differenziertere Einordnung der Menschheitsgeschichte Graeber & Wengrow, 2021).

Maria Mies (2015 [1986], S. 93-126) zeigt, dass die Geschichte der Sesshaftwerdung zugleich die Geschichte der Entstehung des *Patriarchats*, also der ersten „Klassenherrschaft in der Geschichte“ (Mies, 2015 [1986], S. 117) ist. Mies beginnt ihre Argumentation mit der Gebärfähigkeit der Frau. Sie wendet sich gegen die noch immer weitverbreitete Auffassung des „produktiven“ (für Lohn arbeitenden) Mannes und dreht den Spieß vielmehr um: Die Frau sei eigentlich und zuallererst produktiv, da sie neues Leben in die Welt setzen könne. Die Frau habe außerdem einen anderen „Gegenstandsbezug“ zur Natur als Männer, da Frauen durch Menstruation, Schwangerschaft, Geburt und Ernährung der Kinder ständig an ihre eigene „Natur“ erinnert werden. Dies führe zu einem harmonischen und friedlichen Verhältnis zwischen Frauen und Natur. Laut Mies haben sich die Frauen (auch nach Ende der Stillzeit) um die Ernährung der Kinder gekümmert und dabei erkannt, dass dies nur möglich ist, wenn sie im Einklang mit der Natur und ihren Zyklen leben. Laut Mies waren es schließlich die Frauen, die sowohl die ersten sozialen (Mutter-Kind-)Beziehungen entwickelten als auch die Landwirtschaft erfanden und die ersten *Werkzeuge*, also *Produktionsmittel* in Form von Hacken, Grabstöcken, Körben oder Krügen, entwickelten.

Die Männer sind Mies zufolge „unproduktiv“ und entwickeln daher „als Ersatz“ ihre spezifisch „männliche Produktivität“, indem sie die ersten *Waffen*, also *Destruktionsmittel* in Form von Keulen, Schwertern, Speeren oder Gewehren, entwickeln. Aus dem Einsatz von Waffen ergab sich die Jagd – zuerst auf Tiere und dann auf andere Menschen. Unter Androhung von Gewalt hätten „kriegerische Hirtennomaden“ bzw. „Jäger-Krieger“ vor allem aus Nahost, China und Indien zuerst Frauen und dann Männer (anderer Stämme) zur Arbeit in der Landwirtschaft gezwungen und sich im Anschluss die Produkte (in Form von Privateigentum) angeeignet (Mies, 2015 [1986], S. 112-118). „Ausbeutung“ bedeutet bei Mies, anders als bei Marx, institutionalisierte Beutejagd bzw. *Erbeutung*, also *Aneignung durch Enteignung* mithilfe von beutemachenden, lebenszerstörenden Zwangsmitteln, also Waffen. Im Gegensatz zu Marx betont Mies sodann, dass Ausbeutung nicht die Folge, sondern die *Ursache* der Produktion von Überschüssen ist, wobei (männliche) Gewalt zur wichtigsten „Produktivkraft“ wird, die aber immer auf weiblicher Produktivität beruht: „Frauen als einzige wirkliche Produzentinnen, im Gegensatz zu den parasitären und aneignenden Männern, sind die einzige Quelle des Reichtums.“ (Mies, 2015 [1986], S. 115) Ermöglicht wurde die patriarchale Gewalt durch den männlichen Gegenstandsbezug zur Natur, d.h. indem zuerst Tiere, dann Frauen und später andere Männer in die „äußere Natur“ des patriarchalen Mannes (diskursiv-ideologisch) „hineindefiniert“ und folglich beherrscht wurden. Sobald – nach der Sesshaftwerdung bzw. in der Antike – die patriarchale Gewalt mithilfe von Herrschaftssystemen, Staat, Religion, Ideologie, Ehe und Familie institutionalisiert wurde, kann von Patriarchat gesprochen werden (Mies, 2015 [1986], S. 116-117).

Im nächsten Schritt argumentiert Mies (2015 [1986], S. 127-187), dass die Beherrschung von Mensch und Natur im vorkapitalistischen Patriarchat noch nicht vollständig war. Dies ändert sich jedoch ab dem 15. Jahrhundert im Rahmen der – auch von Marx (2013 [1867], S. 741-791) thematisierten – „ursprünglichen Akkumulation“. Im Verlauf dieses mehrhundertjährigen historischen Prozesses, der aus Kolonialismus, Einhegungen, Hexenverfolgung und „Hausfrauisierung“ bestand, ergaben sich die notwendigen Bedingungen des Industriekapitalismus mit seiner *Trennung*, und somit vollständigen Beherrschung, von Mensch und Natur. Das zugleich entstehende *kapitalistische Patriarchat* ist dadurch gekennzeichnet, dass auf der einen Seite außereuropäische Kolonien und ihre EinwohnerInnen (diskursiv-ideologisch) als „wilde Natur“ deklariert wurden, die gezähmt, zivilisiert, missioniert und ausgebeutet werden sollte – während auf der anderen Seite die europäischen Frauen als „innere Kolonie“ deklariert wurden, die von den zu „freien“ (aber abhängigen) Lohnarbeitern gewordenen Männern gezüchtigt werden sollten. Die Züchtigung der Frauen, ihre sukzessive Erniedrigung und ihre Reduzierung auf Hausfrauen, Gebärmaschinen und Gratisreproduktionsarbeiterinnen erfolgte in erster Linie mithilfe der Hexenverfolgung (vgl. zu diesem Thema auch Federici, 2012). Durch sie wurden unabhängige, eigenständige und sexuell freie Frauen zu Sündenböcken, die brutal verfolgt, gefoltert und ermordet wurden.

Die Pointe in Mies' Argumentation besteht nun darin, dass sie die Zerstörung von Frauen nicht nur in Beziehung zur Zerstörung der Natur, sondern auch in Beziehung zum Aufstieg der modernen (Natur-) Wissenschaft setzt:

Die Verfolgung und das Verbrennen von [...] Hexen war direkt verknüpft mit dem Aufstieg der modernen Gesellschaft: der Professionalisierung der Medizin, dem Aufstieg der *Medizin* zu einer ‚Naturwissenschaft‘, dem Aufstieg von *Naturwissenschaft* und der *modernen Wirtschaft*. Die Folterkammern der Hexenjäger waren die Labors, in denen das Gewebe, die Anatomie und der Widerstand des menschlichen Körpers – vor allem des weiblichen Körpers – untersucht wurden. Man könnte sagen, dass die moderne Medizin und die männliche Vorherrschaft in diesem lebenswichtigen Feld auf der Grundlage von Millionen von zerquetschten, verstümmelten, zerrissenen, misshandelten und schließlich verbrannten weiblichen Körpern beruhen. (Mies, 2015 [1986], S. 142)

Diese „epistemische Gewalt“ (vgl. Castro Varela, 2018, S. 16) wurde auch „exportiert“, könnte man sagen. So berichtet Harari (2015, S. 307-340), wie sich der „militärisch-industriell-wissenschaftliche Komplex“ der europäischen Neuzeit bereits auf den ersten Kolonialschiffen bildete, auf denen sich Soldaten, Händler und Wissenschaftler gleichermaßen befanden, um die neuen Gebiete kriegerisch, ökonomisch und intellektuell zu erobern. Bekanntlich kannten die Konquistadoren keine Skrupel bei der Unterjochung der indigenen Bevölkerungen, doch dies ging mit einem vollkommen neuen Verhältnis zur Natur einher:

Die Tabus gegenüber dem Bergbau, dem Graben von Löchern in den Leib der Mutter Erde, wurden gewaltsam gebrochen, weil die neuen Patriarchen an die wertvollen Metalle und andere ‚Rohmaterialien‘ herankommen wollten, die im ‚Schoss der Erde‘ verborgen waren. Der Aufstieg der modernen Naturwissenschaft, einer mechanistischen und physikalischen Weltanschauung, stützte sich auf das Töten der Natur als lebendigen Organismus und ihre Umwandlung in ein gewaltiges Vorratslager an

„Naturressourcen‘ oder ‚Materie‘, die vom Mann analysiert und in seine neuen Maschinen, mit denen er sich von der Mutter Natur unabhängig machen konnte, integriert werden konnte. (Mies, 2015 [1986], S. 129)

Zusammenfassend lässt sich sagen: Das kapitalistische Patriarchat zeichnet sich durch eine historisch ungesehene Gewalt gegen Mensch und Natur aus. Aber jede historische Erzählung ruft zig andere historische Erzählungen hervor, die die erste unter Hinweis auf ihre Widersprüche zu widerlegen versuchen. Zwar lehnt Mies jeglichen „biologischen Reduktionismus“ entschieden ab, aber dennoch bleiben bei ihren Ausführungen offene Fragen: Neigen alle Männer von Natur aus zu patriarchaler Gewalt oder nur bestimmte, besonders kriegerische Völker? Warum haben Frauen nie Waffen entwickelt oder sich welche angeeignet? Wieso hat die im Vergleich zu Jägern höhere Produktivität von Sammlerinnen und Ackerbäuerinnen die Entstehung des Patriarchats nicht verhindern können? Auch wenn zur Beantwortung dieser Fragen überzeugende empirische und historische Belege fehlen, ermöglicht Mies‘ Analyse eine plausiblere Erklärung der Unterwerfung von Mensch und Natur als beispielsweise „egoistische Gene“ (Dawkins, 1976) oder „aggressive Lobster“ (Peterson, 2018, S. 1-28). Denn patriarchale Gewalt ist kriegerische, ist ökologische Gewalt – und das kapitalistische Patriarchat ein Herrschaftssystem, dessen Erzielung von gesellschaftlich erwirtschafteten, aber privat angeeigneten, Überschüssen auf dieser (institutionalisierten) Gewalt beruht.

3.2. Karl Marx: Ökologische Entfremdung und Ausbeutung der Natur

Während Maria Mies „Ausbeutung“ als männliches Enteignungsmuster begreift, führt Karl Marx diesen Begriff als nichtnormative „analytische Kategorie“ ein (kritisch hierzu Elder-Vass, 2016, S. 45-70), um die Entstehung von Profit, Wirtschaftswachstum, kapitalistischen Machtverhältnissen und – wie noch gezeigt werden soll – ökologischer Zerstörung zu erklären. Marx (2013 [1867], S. 192-244) erläutert insbesondere im Abschnitt *Die Produktion des absoluten Mehrwerts* im ersten Band des *Kapital*, was *Ausbeutung* bedeutet (Marx spricht meistens von „Exploitation der Arbeitskraft“). Die Ausbeutungs- bzw. Mehrwerttheorie ist sehr komplex und Gegenstand zahlloser kritischer Debatten (einen guten Einstieg und Überblick bietet Kurz, 2018), aber an dieser Stelle sollen nur die wichtigsten Elemente dargelegt werden, um sie sodann auf die Umweltkrise zu übertragen.

Marx unterteilt den Arbeitstag hypothetisch in zwei Teile: Im ersten Teil wird „notwendige Arbeit“ verrichtet, während im zweiten Teil „Mehrarbeit“ verrichtet wird. Im ersten Teil des Arbeitstags (z.B. in den ersten vier Stunden) erzeugen die ArbeiterInnen eine Menge ökonomischer Werte (z.B. in Form produzierter Autos), die genau jener Menge ökonomischer Werte (z.B. in Form von Lebensmitteln oder Mietausgaben) entspricht, die notwendig für den psychisch-physischen Erhalt der ArbeiterInnen, also für die Reproduktion ihrer Arbeitskraft, ist. Anders ausgedrückt erarbeiten sich die ArbeiterInnen in diesem ersten Teil des Arbeitstags ihren Lohn, den sie von den KapitalistInnen erhalten. Im zweiten Teil des Arbeitstags wiederum (z.B. in den weiteren sechs Stunden), wird nun „Mehrarbeit“ verrichtet, also jene Arbeit, die ökonomische Werte hervorbringt, die sodann in Form des „Mehrwerts“ an die

KapitalistInnen gehen. Anders und vereinfacht ausgedrückt entspricht der Mehrwert dem Profit und der Ausbeutungsgrad dem Verhältnis der Mehrarbeit zur notwendigen Arbeit (das wären in diesem Beispiel 6:4=150%). Noch einmal anders ausgedrückt: Wird die „Ware Arbeitskraft“ mehr genutzt, als es zu ihrer eigenen Erhaltung notwendig wäre (z.B. durch die Mehrarbeitszeit erhöhende lange Arbeitstage oder durch die notwendige Arbeitszeit reduzierende neue Technologien), wird sie ausgebeutet. Die konkreten gesundheitlichen Auswirkungen der Ausbeutung in Form von psychischer Belastung, physischer Verstümmelung und körperlicher Erschöpfung bis hin zum Hungerstod beschreibt Marx (2013 [1867], S. 245-320) ausführlich im Kapitel *Der Arbeitstag*.

Damit im Kapitalismus ArbeiterInnen ausgebeutet werden können, müssen zahlreiche, historisch spezifische Voraussetzungen gegeben sein. Zuerst muss die in den ArbeiterInnen steckende Arbeitskraft käuflich, also eine auf dem Arbeitsmarkt handelbare Ware, sein. Die Entstehung – oder genauer: die „Machung“ – des Arbeitsmarkts (vgl. Johnson, 2010) ist das Ergebnis eines gewalttätigen jahrhundertelangen Prozesses, der mittlerweile gut dokumentiert ist (siehe v.a. Linebaugh, 2014; Kain, Chapman, & Oliver, 2004; Zückert, 2003). Marx (2013 [1867], S. 741-761) selbst beschreibt, wie infolge der sogenannten „enclosures“ bzw. „Einhegungen“ die Landbevölkerung massenhaft enteignet und somit in die Städte vertrieben wurde, wo die ehemaligen BäuerInnen in den entstehenden Fabriken ihr einzig verbliebenes „Hab und Gut“, also ihre Arbeitskraft, zu verkaufen begannen – und somit zu LohnarbeiterInnen wurden. In den Fabriken kommt es zur von Marx beschriebenen und bis heute vielfach rezipierten *ökonomischen Entfremdung*, weil die ArbeiterInnen (auch aufgrund der zunehmenden Arbeitsteilung) die Kontrolle über die von ihnen erzeugten (End-)Produkte verlieren. Schon in den 1840er Jahren beschäftigte sich Marx jedoch aus philosophischer Perspektive mit der „Trennung“ der Menschen vom Boden und der damit verbundenen *ökologischen Entfremdung* (Saito, 2016, S. 25-54), sodass man zur Einsicht gelangen kann, dass die ökologische Entfremdung überhaupt erst die *Voraussetzung* der ökonomischen Entfremdung bildet. Die Landfrage war also immer schon eine soziale Frage. Als Lösung schlug Marx (1968 [1844], S. 538) die kommunistische Gesellschaft vor als „die vollendete Wesenseinheit des Menschen mit der Natur, die wahre Resurrektion der Natur, der durchgeführte Naturalismus des Menschen und der durchgeführte Humanismus der Natur“.

Mit anderen Worten bildet die Ausbeutung der Natur die Voraussetzung der Ausbeutung des Menschen. Diesen blinden Fleck in Marx' Theorie füllt, wie oben beschrieben, das von Mies beschriebene patriarchale Verhältnis zur Natur. In beiden Fällen geht es um einseitige Machtausübung. Denn *dass* die arbeitslosen und enteigneten BäuerInnen ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, um mithilfe des erhaltenen Lohns überleben zu können, ist genauso abhängig von ungleichen Machtverhältnissen wie die Frage, *wie lange* sie in den Fabriken arbeiten müssen: Wer keinen „ökonomischen Backupplan“ in Form von nutzbaren Gärten, Erparnissen oder Sozialleistungen hat bzw. wer keinen „politischen Backupplan“ in Form von Gewerkschaftszugehörigkeit, Arbeitsschutz

oder Einspruchsmöglichkeiten hat – wird jede Arbeitsstelle annehmen müssen. Dasselbe gilt für die Natur: Wird die „Ware Natur“ aufgrund menschlicher Übermacht mehr genutzt, als es zu ihrer eigenen Erhaltung notwendig wäre (z.B. durch Waldrodung, Überfischung oder Erdölverbrennung), wird sie *ausgebeut* – und zerstört. Die Erschöpfung menschlicher „Ressourcen“ ist so wie die Erschöpfung von Naturressourcen eine Folge kapitalistischer Ausbeutungsprozesse.

Dennoch ist nach wie vor die Auffassung weit verbreitet, dass Marx ein „prometheischer“ Fortschrittsoptimist war, der begeistert von neuen Technologien und ihrer Möglichkeit zur „Unterjochung der Naturkräfte“ (Marx & Engels, 2011 [1848], S. 24) war. Demgegenüber zeigt Kohei Saito (2016) – auch unter Rückgriff auf bisher unveröffentlichte Schriften in der neuen Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA²) – dass sich Marx, zuerst aus philosophischer Perspektive in den 1840er Jahren, dann aus politökonomischer Perspektive ab den 1850er Jahren und schließlich und vor allem aus naturwissenschaftlicher Perspektive ab den 1860er Jahren, intensiv mit ökologischen Fragen beschäftigte und die Zerstörung der Natur schließlich „als den gravierendsten Widerspruch des Kapitalismus“ (Saito, 2016, S. 304) betrachtete. Wichtige Inspirationsquellen für Marx' Ökologie waren vor allem der Agrikulturchemiker Justus von Liebig sowie der Agrikulturphysiker Carl Fraas, die beide ab den 1840er Jahren eine Vielzahl an Schriften veröffentlichten, die auch heute noch äußerst aktuell sind, da sie die negativen Auswirkungen der kapitalistischen Landwirtschaft thematisieren (siehe hierfür und für die folgenden Ausführungen Saito, 2016). Liebig argumentiert, dass der kapitalistische „Raubbau“ die landwirtschaftlichen Böden erschöpft, da er ihnen mehr Mineralstoffe (in Form kultivierter Pflanzen) entnimmt als (in Form von Dünger) zurückgibt. Ab den 1860er Jahren warnt Liebig außerdem eindringlich vor Kriegen und dem Untergang der Zivilisation, wie dies schon bei den antiken Hochkulturen in Folge der Bodenerschöpfung eingetreten sei. Fraas lehnt zwar Liebig's Bodenerschöpfungstheorie nicht grundsätzlich ab, relativiert sie aber, da sie nur die *chemischen* Bestandteile des Bodens fokussiere. Fraas betrachtet daher auch die *physikalischen*, also insbesondere *klimatischen* Prozesse, die die Bodenfruchtbarkeit dauerhaft verändern können. So warnt er – vor mehr als 150 Jahren wohlgerichtet – davor, dass die massenhafte Abholzung von Wäldern von Mesopotamien über Ägypten bis hin zu Griechenland und schließlich Mitteleuropa das Klima und die Pflanzenwelt sehr stark verändert und somit die Bodenfruchtbarkeit zerstört hat. Wie Fraas und Liebig betrachtet Marx die kapitalistische Landwirtschaft als irrationelle und krisenanfällige Praxis, weshalb er als Ausweg die bewusste und nachhaltige Regulierung des Mensch-Natur-Verhältnisses propagiert. Heute würden wir dazu sagen: demokratischer Ökosozialismus.

3.3. Karl Polanyi: Kommodifizierung der Natur

Genauso wie Marx thematisiert Karl Polanyi (1977, S. 245) die „Unterwerfung der Oberfläche des Planeten unter die Erfordernisse einer Industriegesellschaft“. Als wesentlichen Treiber dieser

zerstörerischen Entwicklung sieht Polanyi aber nicht die Kapitalakkumulation, sondern die Kommodifizierung, also die Verwandlung menschlicher Lebensbereiche (wie die Natur) in Waren, die dann auf Märkten getauscht werden können. Während Marx in seiner Analyse den Kapitalismus bzw. die kapitalistische Produktionsweise fokussiert, lenkt Polanyi die Aufmerksamkeit auf die (kapitalistische) *Marktwirtschaft*. (Kapitalismus und Marktwirtschaft sind – wie Fernand Braudel ausführlich beschrieben hat – *nicht* dasselbe, worauf in diesem Artikel jedoch nicht näher eingegangen werden kann. Siehe Howard, 1985.) Die Marktwirtschaft definiert Polanyi (2001 [1944], S. 71-80) als ein selbstregulierendes System von Märkten, die durch den Mechanismus von Angebot, Nachfrage und Preis miteinander verbunden sind. Anders ausgedrückt muss in einer solchen „Marktgesellschaft“ tendenziell alles ohne „Einmischung“ von Staat oder Gesellschaft dem Markt unterworfen werden, also einen Preis haben bzw. zu einer Ware werden, um auf dem Markt ge- und verkauft werden zu können. Ohne Kommodifizierung, also ohne Zerlegung menschlicher Lebensbereiche in käufliche Einzelteile, kann die Marktwirtschaft nicht funktionieren, was Polanyi (2001 [1944], S. 71-80) auch damit erklärt, dass die Industrieproduktion ab dem 18. Jahrhundert mit ihren immer komplexer werdenden Maschinen im kapitalistischen Produktionsprozess mit ständig neuen (menschlichen und natürlichen) Ressourcen versorgt werden musste.

Das Problem der marktwirtschaftlichen Kommodifizierung ist jedoch, dass sie schwerwiegende gesellschaftliche Zerwürfnisse auslöst: „Such an institution could not exist for any length of time without annihilating the human and natural substance of society; it would have physically destroyed man and transformed his surroundings into a wilderness.“ (Polanyi, 2001 [1944], S. 3) Polanyi warnt daher eindringlich vor der Kommodifizierung der Natur (hierzu zählen wir Grund und Boden, Wasser und Wälder, Nutzpflanzen und Nutztiere, erneuerbare und nichterneuerbare Rohstoffe und Ressourcen sowie Senken). Die Natur ist nämlich (genauso wie Arbeit und Geld) eine „fiktive Ware“, also etwas, das nicht eigens für den Verkauf auf dem Markt produziert wurde. Würde die Natur jedoch wie eine „normale Ware“ behandelt und auf Märkten gehandelt, so würde sie dadurch zerstört: „Nature would be reduced to its elements, neighborhoods and landscapes defiled, rivers polluted, military safety jeopardized, the power to produce food and raw materials destroyed.“ (Polanyi, 2001 [1944], S. 76)

Historisch betrachtet war laut Polanyi bis ins 19. Jahrhundert die Wirtschaft überall in die Gesellschaft „eingebettet“ bzw. bildeten Boden und Mensch eine Einheit:

What we call land is an element of nature inextricably interwoven with man's institutions. To isolate it and form a market for it was perhaps the weirdest of all the undertakings of our ancestors. Traditionally, land and labor are not separated; labor forms part of life, land remains part of nature, life and nature form an articulate whole. (Polanyi, 2001 [1944], S. 187)

Durch die Kommodifizierung der Natur wird diese Einheit von Boden und Mensch jedoch sukzessive aufgelöst. Dies geschah laut Polanyi (2001 [1944], S. 188-190) in drei historischen Phasen. Die erste

Phase (ab dem 15. Jahrhundert) entspricht den auch von Marx thematisierten „Einhegungen“, die Polanyi (2001 [1944], S. 37) als „Revolution der Reichen gegen die Armen“ beschreibt. Hier wurde, wie in Kapitel 3.2 beschrieben, die Landbevölkerung enteignet und in die Städte vertrieben, während feudale Gewohnheitsrechte durch kapitalistische Privateigentumsrechte ersetzt wurden. Die zweite Phase der Kommodifizierung des Bodens ergibt sich aus dem Wachstum der städtischen Bevölkerungen und der dadurch notwendigen erhöhten Nahrungsmittelproduktion (deren agrarkapitalistische Methoden bereits in Kapitel 3.2 beschrieben wurden). Der Freihandel bildet die dritte Phase, in dessen Verlauf „die landwirtschaftlich-industrielle Arbeitsteilung [...] auf den Erdball ausgedehnt“ (Polanyi, 1977, S. 247) und der Marktmechanismus von Angebot, Nachfrage und Preis zu einem weltweiten und interdependenten Regulativ wurde. Die Kommodifizierung der Natur zerstört nicht nur „das soziale und kulturelle System des bodenständigen Lebens“ (Polanyi, 1977, S. 244), sondern sie kann auch den Klimawandel auslösen, wie Polanyi (2001 [1944], S. 193) andeutet: „[T]he climate of the country [...] might suffer from the denudation of forests, from erosions and dust bowls, all of which, ultimately, depend upon the factor land, yet none of which respond to the supply-and-demand mechanism of the market.“

Weiters zerstören die kapitalistischen Kommodifizierungsprozesse nicht nur Natur, Mensch und Unternehmen (als „Träger“ der drei fiktiven Waren Boden, Arbeitskraft und Geld), sondern sie provozieren auch „Gegenbewegungen“, die sich als Schutz der Gesellschaft vor den negativen Auswirkungen der Marktwirtschaft bilden (Polanyi, 2001 [1944], S. 136-140). Diese Gegenbewegungen können entweder fortschrittlich-demokratisch wie z.B. die Gewerkschafts- oder die Umweltbewegung sein oder aber autoritär wie z.B. der Faschismus oder der Stalinismus. Polanyis Analyse erhält hier fernab philosophischer Gedankengefächte (die nicht selten ein Wesensmerkmal vulgärmarxistischer Diskussionen sind) eine kritische gesellschaftspolitische Dimension, die angesichts der gegenwärtigen Krise der Demokratie mehr als aktuell ist: „In order to comprehend German fascism, we must revert to Ricardian England.“ (Polanyi, 2001 [1944], S. 32) Denn es war in „Ricardian England“, also im England des 19. Jahrhunderts, dass erstmals in der Menschheitsgeschichte eine kapitalistische Marktwirtschaft errichtet wurde. Die wahren Ursachen von Faschismus, Nationalsozialismus und Stalinismus, aber auch von Wirtschaftskrise, Klimakrise und Demokratiekrise liegen laut Polanyi im wahnwitzigen Glauben, dass durch die umfassende und ungehemmte Kommodifizierung menschlicher Lebensbereiche der Wohlstand aller wachse.

Bei näherer Betrachtung liefert Polanyi daher nicht nur eine plausible Schilderung der historischen Entstehung der kapitalistischen Marktwirtschaft, sondern auch eine fundamentale Kritik der den Kapitalismus stützenden Ideologie des Wirtschaftsliberalismus. Letzteres unterscheidet Polanyi vom jungen Marx, demzufolge es ein ziemliches klares Verhältnis zwischen ökonomischer Basis und ideologischem Überbau gibt:

Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt. (Marx, 1971 [1859], S. 8-9)

Bei Polanyi erscheinen die wirtschaftsliberalen Intellektuellen des 19. und 20. Jahrhunderts vielmehr als „Gehilfen des Kapitals“, die nicht nur die gesellschaftliche Realität deuten, sondern auch *konstruieren*. Entgegen marxistisch-materialistischer Auffassungen (siehe exempl. Cohen, 1978) lässt sich mit Polanyi sagen, dass ökonomische Ideen die ökonomische Realität vorgeben können, wenn sie *bewusst* eingesetzt werden und einflussreich genug sind. Dies rückt Polanyi näher an Antonio Gramsci heran (vgl. Burawoy, 2003). Als politischer Gefangener unter Mussolini kritisierte Gramsci (2002) vor hundert Jahren den naiven und deterministischen Marxismus seiner Zeit, der offensichtlich nicht erklären konnte, wie die Ideologie des Faschismus sich durchsetzen konnte. Denn weder die Menschheitsgeschichte noch Politik oder Wirtschaft sind Phänomene, die „naturwüchsigen“ Gesetzen folgen. Sie folgen vielmehr „rationalen“ Gesetzen, die der Ratio, also dem menschlichen Verstand, entspringen. Somit ist auch die Kommodifizierung der Natur ein intellektueller Prozess, der aber stets durch politische, rechtliche, administrative, kommunikative, kulturelle, militärische und technische Prozesse ergänzt werden muss (vgl. Zuboff, 2019, S. 130). Macht, Betrug und Gewalt waren dabei ständige Begleiter der Kommodifizierung der Natur, wie dies Rousseau (1995 [1755], S. 191, 193) zum Ausdruck brachte:

Der erste, der ein Stück Land eingezäunt hatte und dreist sagte: „Das ist mein“ und so einfältige Leute fand, die das glaubten, wurde zum wahren Gründer der bürgerlichen Gesellschaft. Wieviele Verbrechen, Kriege, Morde, Leiden und Schrecken würde einer dem Menschengeschlecht erspart haben, hätte er die Pfähle herausgerissen oder den Graben zugeschüttet und seinesgleichen zugerufen: „Hört ja nicht auf diesen Betrüger. Ihr seid verloren, wenn ihr vergeßt, daß die Früchte allen gehören und die Erde keinem!“

Zusammenfassend lässt sich sagen: Die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts lehren uns, dass kapitalgestützte Ideologien (in Form des Faschismus und/oder des Neoliberalismus) nicht nur die ökonomische Realität der Menschen, sondern auch die Natur zerstören. Heute, mit dem Erstarken faschistischer Ideologien, schließt sich auf dramatische Weise der Kreis, denn es sind genau die kapitalgestützten neoliberalen Denkfabriken, die den Klimawandel besonders leugnen und somit die Allianz aus Wirtschaftsliberalismus und Autoritarismus vorantreiben (vgl. Narodoslowsky, 2024; Plehwe, Neujeffski, & Goldenbaum, 2022; Horaczek, 2019).

3.4. Mathias Binswanger: Wachstumszwang

In kapitalistischen Gesellschaften gibt es laut Mathias Binswanger (2019) einen Wachstumszwang: Die Wirtschaft muss wachsen, damit der Kapitalismus funktionieren kann. Denn ohne Wirtschaftswachstum gibt es keine Arbeitsplätze, keine Steuereinnahmen, keinen sozialen Frieden. Ein Blick auf die Entwicklung der letzten Jahrhunderte (Our World in Data, 2024a) verdeutlicht das

historisch ungesehene, exponentielle Wachstum der Weltwirtschaft ab ca. 1800, also ab dem Zeitpunkt, wo der Weltkapitalismus fest etabliert war. In Anlehnung an Binswanger (2019) lassen sich fünf Gründe für diesen Wachstumszwang bzw. fünf „Wachstumstreiber“ ausmachen: Profit, Kreditgeld, Wettbewerb, neue Technologien und sozialer Frieden. Wir wollen im ersten Schritt diskutieren, weshalb dies Wachstumstreiber sind, und im zweiten Schritt die Diskussion auf die Umweltkrise übertragen.

Erstens, *Profit*: Die kapitalistische Marktwirtschaft ist nicht nur eine „Geldwirtschaft“, in der mithilfe eines „allgemeinen Äquivalents“ Waren ausgetauscht werden, sondern auch eine „Kapitalwirtschaft“. Kapital ist laut Marx (2013 [1867], S. 161-191) eine besondere Form von Geld, nämlich zirkulierendes Geld, das investiert wird, um Profit zu erzielen. Um ökonomisch am Leben zu bleiben, versuchen KapitalistInnen bzw. kapitalistische Unternehmen nun aufgrund der Konkurrenz so viel Profit wie möglich zu erzielen, um damit neue Investitionen tätigen und neue Marktanteile erobern zu können. Wenn alle (auch kleinere) Unternehmen gezwungen werden, maximale Profite zu erzielen – wofür es empirische Indizien gibt (vgl. Shaikh, 2016) –, *wächst* die Wirtschaft nicht nur nominell, sondern *real*, d.h. es werden insgesamt mehr Waren produziert, da der Verkauf produzierter Waren die Profite realwirtschaftlicher Unternehmen ermöglicht (für eine umfassendere Begründung des Profitzwangs sind historische und psychologische Belege vonnöten, für die in diesem Artikel jedoch der Platz fehlt). Anders ausgedrückt ist die Erzielung von Profiten im Kapitalismus ein unendlicher Selbstzweck, der unendliches, reales Wirtschaftswachstum nicht nur erzeugt, sondern auch *erfordert* (vgl. Binswanger, 2019).

Zweitens, *Kreditgeld*: Im modernen Finanzkapitalismus (siehe Windolf, 2005) entsteht Geld in erster Linie dadurch, dass Privatbanken Kredite vergeben (Sahr, 2017a; 2017b). Nur ca. 15% der gesamten Geldmenge im Eurosystem bestehen aus Papiergeld und Münzgeld, die restlichen 85% sind Giralgeld, also Guthaben auf Girokonten bei Privatbanken (Monetative, 2020, S. 9). Jedes Mal, wenn Privatbanken Geld „schöpfen“, also produzieren, wird den SchuldnerInnen (= KreditnehmerInnen) ein Geldbetrag auf ihrem Konto gutgeschrieben, wofür dann Zinsen zu entrichten sind. Um die Zinsen zahlen zu können müssen die SchuldnerInnen länger, öfter oder härter arbeiten, eine neue Verkaufsstrategie entwickeln oder eine profitable Investition tätigen – was alles dazu beiträgt, dass die Wirtschaft real wächst, also die gesamte Warenmenge zunimmt.

Drittens, *Wettbewerb*: Kapitalistische Unternehmen machen Profite, indem sie Waren (und Dienstleistungen) produzieren, die dann von ihren KundInnen gekauft werden. Nationale wie internationale Wettbewerbsrechte ermöglichen es offiziell und grundsätzlich jedem Unternehmen, in einen Markt einzutreten (was nicht bedeutet, dass es nicht inoffizielle oder illegale Eintrittsbarrieren z.B. in Form von Monopolen oder Kartellen gibt), sodass es üblicherweise mehrere Unternehmen gibt, die um die Gunst derselben oder ähnlichen KonsumentInnen kämpfen (Shaikh, 2016, betont, dass es

gerade zwischen Oligopolen regelrechte Konkurrenzkriege gibt; siehe auch Srnicek, 2017, S. 64-80). Da die Nachfrage der KonsumentInnen aufgrund begrenzter Budgets und Bedürfnisse begrenzt ist, versuchen Unternehmen durch manipulativere Werbestrategien oder durch attraktivere und billigere Produkte mehr KonsumentInnen für sich zu gewinnen – was letztendlich dazu führt, dass die gesamte produzierte und konsumierte Menge an Waren steigt, also die Wirtschaft real wächst. Dies geschieht oft in Zusammenhang mit, viertens, *neuen Technologien*: Durch den Einsatz von Fließbändern, Maschinen, Robotern, künstlicher Intelligenz usw. können Waren massenhaft und somit kostengünstiger produziert werden, was es Unternehmen erlaubt, den Stückpreis ihrer angebotenen Waren zu reduzieren. Dies stimuliert weiteren Konsum (und weitere Produktion), sodass die Wirtschaft ebenfalls wächst.

Fünftens, *sozialer Frieden*: Kapitalistische Gesellschaften sind Klassengesellschaften, d.h. – vereinfacht ausgedrückt – KapitalistInnen erhalten Einkommen in Form von Profiten, die von den ArbeiterInnen erwirtschaftet werden, und ArbeiterInnen erhalten Einkommen in Form von Löhnen, die aus Sicht der KapitalistInnen Produktionskosten darstellen (Berger, 2008, S. 363). Diese „Räuber-Beute-Beziehung“ führt verständlicherweise zu permanenten Verteilungskonflikten, die (z.B. in Form von Streiks, Ungehorsam oder Diebstahl) die Kapitalakkumulation (und somit die Laune der KapitalistInnen) stören können. Eine Lösung dieses Konflikts besteht darin, dass Unternehmen durch Maßnahmen zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität (siehe oben viertens) parallel zu Wirtschaftswachstum Kosten einsparen, welche sie dann in Form höherer Löhne an die ArbeiterInnen weiterreichen können (das müssen sie nicht, sie können auch höhere Dividenden ausschütten oder Investitionen tätigen) (Jackson, 2021, Kap. 2). So fahren durch reales Wirtschaftswachstum alle Beteiligten ökonomisch nach oben und es herrscht Frieden im Fahrstuhl (vgl. Beck, 1986, S. 124-125). Alle sind glücklich. Nur die Umwelt nicht.

Das materielle, exponentielle, reale Wirtschaftswachstum der letzten 200 Jahre hat zweifelsohne zu zivilisatorischen Fortschritten (z.B. in Form höherer Lebenserwartung, besserer medizinischer Versorgung, besserer Bildung) geführt (siehe v.a. Rosling, Rosling, & Rönnlund, 2018). Einerseits gibt es aber immer mehr Belege, dass zusätzliches Wirtschaftswachstum – zumindest in den „entwickelten“ Industrieländern – nicht mehr dazu führt, dass die Menschen glücklicher werden (siehe exempl. Binswanger, 2006). Andererseits haben durch den kapitalistischen Wachstumszwang nicht nur ökonomische Variablen wie Bruttoinlandsprodukt, Investitionen und Konsum weltweit stark zugenommen, sondern auch ökologische Belastungen wie Treibhausgasemissionen, Waldrodungen und Ozeanversauerung (Steffen, Broadgate, Deutsch, Gaffney, & Ludwig, 2015, S. 84, 87). In der Fachliteratur wird dieses Wachstum, das bei sämtlichen (ökonomischen und ökologischen) Variablen um 1800 einsetzt und dann ab 1950 rasant ansteigt, als „große Beschleunigung“ bezeichnet. Schon vor über 50 Jahren berichtete der Club of Rome über die „Grenzen des Wachstums“ (Meadows, Meadows,

Zahn, & Milling, 1972). Ist die Grenze heute erreicht? Können neue Technologien die Grenze in die ferne Zukunft verschieben? Werden die fossilen Energieträger durch umweltschonende ersetzt? Fragen dieser Art werden im nächsten Kapitel diskutiert. An dieser Stelle soll nur auf folgende historische Tatsache hingewiesen werden: „The history of energy is not one of transitions, but rather of successive *additions* of new sources of primary energy.“ (Bonneuil & Fressoz, 2016, S. 74; siehe auch Our World in Data, 2024b).

4 Falsche Freunde und innerkapitalistische Alternativen

Die in Kapitel 2 erläuterten, unterschiedlichen Theorieschulen können sich – wenn sie über ihre jeweiligen VertreterInnen Eingang in politische Gesetzgebungsprozesse finden – in neuen gesellschaftlichen Spielregeln bzw. Akkumulationsregimes manifestieren. Welche Art von Maßnahmen zur Lösung der Umwelt- und Klimakrise erlassen werden, hängt von machtpolitischen Auseinandersetzungen in Unternehmen, Staaten und Zivilgesellschaften ab. Die sich ergebenden Alternativen können solidarisch-emanzipatorisch oder ausgrenzend-autoritär sein und zusätzlich eher Individuen oder Kollektive, Gleichheit oder Ungleichheit fokussieren (vgl. Brie, 2018, S. 46; Saito, 2023, S. 85-87). So ist keineswegs ausgeschlossen, dass diktatorische Maßnahmen zur Lösung der Krise mithilfe von Zwang erlassen werden (wie z.B. im totalitären China) und dass die „starke Hand eines Führers“ auch in Staaten mit ausgeprägten demokratischen Traditionen populärer wird. Dennoch sollen in diesem Artikel aus Platzgründen nur jene polit-ökonomischen Alternativen diskutiert werden, die relativ klare Verbindungslinien zu den in Kapitel 2 vorgestellten Theorieschulen aufweisen. Vereinfacht ausgedrückt beruht der Green Deal hauptsächlich auf neoklassischen, der Green New Deal auf keynesianischen und der Ökosozialismus auf politökonomischen Überlegungen.

4.1. Green Deal

Mithilfe des „Green Deal“ möchte die EU zum „ersten klimaneutralen Kontinent werden“ (Europäische Kommission, kein Datum), indem „im Jahr 2050 keine Netto-Treibhausgasemissionen mehr freigesetzt werden und das Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung abgekoppelt ist“ (Europäische Kommission, 2019, S. 2). Gleichzeitig handelt es sich aber „um eine neue Wachstumsstrategie, mit der die EU zu einer fairen und wohlhabenden Gesellschaft mit einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft werden soll“ (Europäische Kommission, 2019, S. 2). Dies erfordere „massive öffentliche Investitionen und verstärkte Bemühungen, um privates Kapital in Klima- und Umweltmaßnahmen zu lenken“ (Europäische Kommission, 2019, S. 2). Zentrale Maßnahmen des Green Deal sind dabei vor allem: „Mobilisierung der Industrie für eine saubere und kreislauforientierte Wirtschaft; energie- und ressourcenschonendes Bauen und Renovieren; Entwicklung eines fairen, gesunden und umweltfreundlichen Lebensmittelsystems; raschere Umstellung auf eine nachhaltige

und intelligente Mobilität“ (Europäische Kommission, 2019, S. 4) sowie „grüne Finanzierungen und Investitionen; Vermittlung der richtigen Preissignale; Mobilisierung von Forschung und Förderung von Innovation“ (Europäische Kommission, 2019, S. 18-23). Der Green Deal kann hier nicht umfassend diskutiert werden, weshalb folglich nur auf jene Aspekte eingegangen wird, die angesichts der Ausführungen in Kapitel 2.1 zu einem besseren Verständnis der neoklassischen Einflüsse auf diese wichtige EU-Strategie beitragen.

Wie in Kapitel 2.1 ausgeführt, sind Märkte ein zentrales neoklassisches Instrument zur Lösung von „Knappheit“. Zwar sind die knapper werdenden fossilen Energieträger *nicht* die Ursache der Klimakrise, sondern ihre Verbrennung in Hülle und Fülle, aber Knappheit ist ein dehnbare Begriff, der auch so ausgelegt werden kann, dass er sich auf die knapper werdende problemlose Speicherung von Treibhausgasen in der Atmosphäre bezieht. Wie dem auch sei, die Europäische Kommission (2019, S. 25) schlägt im Rahmen des Green Deal den „Aufbau internationaler CO₂-Märkte“ vor, da diese „ein Schlüsselinstrument sind, um wirtschaftliche Anreize für Klimaschutzmaßnahmen zu schaffen“. Hierfür soll das Emissionshandelssystem weiter ausgebaut werden (Europäische Kommission, 2019, S. 5), welches schließlich – zusammen mit anderen ähnlichen Maßnahmen – „eine effektive CO₂-Bepreisung in der gesamten Wirtschaft“ gewährleisten soll (Europäische Kommission, 2019, S. 6).

Zwar ist klar, dass „der Staat“ bzw. der EU-Haushalt zur Erreichung der Ziele des Green Deal viel Geld investieren muss, aber es ist nicht klar, in welchem Ausmaß die „jährlich zusätzliche[n] Investitionen in Höhe von 260 Mrd. EUR“ bis 2030 (Europäische Kommission, 2019, S. 18) aus öffentlicher Hand kommen sollen. Einerseits heißt es: „Der EU-Haushalt wird dabei eine Schlüsselrolle spielen.“ (Europäische Kommission, 2019, S. 19) Wenig später jedoch: „Der Privatsektor wird bei der Finanzierung der grünen Wende jedoch eine Schlüsselrolle spielen.“ (Europäische Kommission, 2019, S. 20) Konsens ist vielmehr, dass „[n]eue Technologien, nachhaltige Lösungen und bahnbrechende Innovationen“ zur Erreichung der Ziele des Green Deal „von entscheidender Bedeutung“ sind (Europäische Kommission, 2019, S. 22). Als konkrete Beispiele für „innovative Technologien“ und „intelligente Infrastruktur“ werden genannt: „intelligente Netze, Wasserstoffnetze oder CO₂-Abscheidung, -Speicherung und -Nutzung sowie Energiespeicherung“ (Europäische Kommission, 2019, S. 7-8). Die Entwicklung und Produktion dieser neuen Technologien erfordern jedoch die Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen, was eine geopolitische Herausforderung darstellt:

Auch der Zugang zu Ressourcen ist von strategischer Bedeutung für das Ziel Europas, den Grünen Deal zu verwirklichen. Daher ist eine der Grundvoraussetzungen für den Übergang die Gewährleistung der Versorgung mit nachhaltigen Rohstoffen, insbesondere kritischen Rohstoffen, die für saubere Technologien sowie für digitale, Raumfahrt- und Verteidigungsanwendungen benötigt werden, durch eine Diversifizierung der Versorgung sowohl aus primären als auch aus sekundären Quellen. (Europäische Kommission, 2019, S. 10)

4.2. Green New Deal

Der „Green New Deal“ ist eine Anspielung auf den vom US-amerikanischen Präsident Franklin D. Roosevelt in den 1930er Jahren umgesetzten „New Deal“, in dessen Verlauf der starke Wirtschaftseinbruch und die hohe Arbeitslosigkeit infolge der Weltwirtschaftskrise mithilfe öffentlicher Investitions- und Beschäftigungsprogramme bekämpft wurden (Schulmeister, 2017). Der Green New Deal wurde vor allem von Thomas L. Friedman popularisiert, der in einem Artikel in der *New York Times* schrieb:

If we are to turn the tide on climate change and end our oil addiction, we need more of everything: solar, wind, hydro, ethanol, biodiesel, clean coal and nuclear power — and conservation. It takes a Green New Deal because to nurture all of these technologies to a point that they really scale would be a huge industrial project. [...] And that is a huge industrial project — much bigger than anyone has told you. Finally, like the New Deal, if we undertake the green version, it has the potential to create a whole new clean power industry to spur our economy into the 21st century. (Friedman, 2007)

Dieses Zitat verdeutlicht, dass der Green New Deal ein riesiges industrielles Unterfangen darstellt, das – ähnlich wie die Mondlandung (vgl. Mazzucato, 2021) – auf einer konzertierten und umfassenden „grünen“ Akkumulationsstrategie beruht (vgl. Kowall, 2024). Was den Green New Deal jedoch vom New Deal unterscheidet, ist, dass er einerseits ein *staatliches* Programm (z.B. in Form öffentlicher Investitionen) ist und dass er andererseits diverse *umverteilende Maßnahmen* (z.B. in Form von Vermögenssteuern) vorsieht. So bricht beispielsweise Mazzucato (2015) mit dem Mythen des „lahmen Staates“ und des „innovativen Privatunternehmers“, indem sie zeigt, dass das iPhone im Wesentlichen ein Produkt des US-amerikanischen Staates ist, da die Entwicklung der dafür wichtigsten technologischen Komponenten entweder direkt in staatlich-militärischen Forschungseinrichtungen erfolgte oder von diesen maßgeblich finanziert wurde. Der „unternehmerische Staat“ könne daher auch, so wie z.B. in China, in großem und geplanten Umfang Windräder produzieren, um die Klimakrise zu lösen.

Durch entsprechende Maßnahmen kann der Nationalstaat laut den VertreterInnen des Green New Deal die Gesellschaft aus der Klimakrise „rausinvestieren“ und gleichzeitig ein sozial verträgliches, nachhaltiges bzw. „grünes“ Wirtschaftswachstum einleiten. So gesehen fungiert der „ökologische Umbau als Motor der Volkswirtschaft“, wie es Nikolaus Kowall (kein Datum) auf seiner Homepage breitenwirksam ausdrückt: „Wir bauen die Wirtschaft um. Wir schaffen Arbeitsplätze und schützen das Klima. Dafür müssen alle ihren gerechten Teil beitragen: weniger Steuern auf Arbeit – und dafür mehr Steuern auf große Vermögen und natürliche Ressourcen.“ Auch die Green New Deal Group (2021) spricht von „a major programme of public investment“, relativiert jedoch generelles Wirtschaftswachstum als alleiniges Ziel: „This will result in increased economic activity focused on rebuilding the country’s environmental and social infrastructure for the public good, rather than seeing overall GDP growth as a goal.“

Gemäß Green New Deal soll der Staat also investieren, umverteilen, die Kaufkraft stärken und für „grünes“ Wachstum sorgen – doch welche Rolle spielen die Unternehmen? In welchem Verhältnis stehen Staat und Markt zueinander? Obwohl der Green New Deal keineswegs ein neoliberales Programm ist, propagiert er keine eindeutige Abgrenzung zur Privatwirtschaft, sondern eher eine sinnvolle und soziale „Ergänzung“. So steht beispielsweise im Grundsatzprogramm der deutschen Partei Bündnis 90/Die Grünen (2020, S. 33):

Märkte können ein mächtiges Instrument für ökonomische Effizienz, Innovation und technologischen Fortschritt sein. Ihre Dynamik und Schaffenskraft sind von großer Bedeutung, um die großen Herausforderungen der ökologischen Krisen zu bewältigen.

Die österreichische grüne Umweltministerin Leonore Gewessler wiederum hat in einem Ö1-Interview im Jahr 2021 sinngemäß gesagt, dass der Staat den Erwerb von E-Autos steuerlich fördern solle – und „den Rest erledigt der Markt“. Schließlich pädert Schulmeister (2018) für ein Bündnis aus Lohnarbeit und Realwirtschaft (im Gegensatz zum neoliberalen Bündnis aus Realwirtschaft und Finanzwirtschaft), was Nikolaus Kowall in einem *Falter*-Interview „ketzerisch“ zuspitzt: „Unsere Chance sind die Unternehmen und die Weitsichtigkeit mancher Werksleiter und Geschäftsführer.“ (Konzett & Vettorazzi, 2024)

4.3. Politökonomische Kritik: Grüner Kapitalismus und Klima-Keynesianismus

Nach diesem kurzen Überblick über die wichtigsten Merkmale und geplanten Maßnahmen des Green Deal sowie des Green New Deal sind aus politökonomischer Perspektive folgende kritischen Anmerkungen angebracht. Zuerst bewegen sich beide Ansätze klar *innerhalb* kapitalistischer Funktionslogiken, sodass sie sich als Spielarten eines *Grünen Kapitalismus* kategorisieren lassen. Diesen bezeichnen Brand & Wissen (2017, S. 155) als „sozial und räumlich höchst exklusive Bearbeitung der in der multiplen Krise manifest gewordenen sozial-ökologischen Widersprüche des Kapitalismus“. Diese „exklusive Bearbeitung“ wird deutlich, wenn ein Blick auf die für die „grüne Wende“ erforderlichen „grünen Technologien“ (wie z.B. Windräder, Solarpaneele, E-Autos) geworfen wird. Diese erfordern in der Produktion, Inbetriebnahme und Wartung nicht nur Unmengen an (auch fossiler) Energie (Zehner, 2012), sondern auch natürlicher Ressourcen. Die EU-Verordnung zu kritischen Rohstoffen (Europäische Kommission, 2024) erscheint vor diesem Hintergrund als geopolitische Strategie zur Ressourcensicherung, die sich als „ökologischer Imperialismus“ bezeichnen lässt (Saito, 2016, S. 231-243). Zwar versucht der Green New Deal bzw. der *Klima-Keynesianismus* (Saito, 2023, S. 45-76) durch staatliche Eingriffe die sozialen und ökologischen Kosten der „grünen Wende“ abzufedern, doch dies gilt meistens nur für jene Bevölkerungen innerhalb der jeweiligen Nationalstaaten, die die entsprechende Staatsbürgerschaft besitzen. Hier schleicht sich also ein „ökonomischer Nationalismus“ (vgl. Kraemer & Münnich, 2021) ein, der die kapitalistischen Konkurrenzkämpfe auf internationaler Ebene gutheißt und somit die ungleiche internationale

Arbeitsteilung (vgl. Galeano, 2010 [1971]) sowie die ungleiche Betroffenheit durch die Klimakrise (vgl. Otto, 2023) ausblendet.

Sowohl die VertreterInnen des New Deal als auch jene des Green New Deal postulieren „grünes Wirtschaftswachstum“ als Lösung für die Klimakrise. Erstere setzen dabei vor allem auf eine „Bepreisung der Natur“ (z.B. in Form des Emissionshandelssystems), sodass Brand & Wissen (2017, S. 149-150) folgern: „CO₂ könnte die ‚Währung des 21. Jahrhunderts‘ werden – das Äquivalent, das davon abstrahiert, unter welchen Bedingungen CO₂ emittiert, vermieden oder gebunden wird.“ Doch egal, ob der Staat mehr oder weniger in das Marktgeschehen eingreift: Technisch ausgedrückt erfordert „grünes Wachstum“ eine absolute „Entkopplung“ des Wachstums von Treibhausgasemissionen, wofür bisher schlicht empirische Belege fehlen (vgl. Saito, 2023, S. 50-58; Auer, 2022). Zwar hat in einzelnen Wirtschaftssektoren in einzelnen Ländern eine Entkopplung stattgefunden, doch dies ist nicht verallgemeinerbar, sondern angesichts weltweit steigender Treibhausgasemissionen eher ein Beleg für Externalisierungsprozesse. Ganz abgesehen davon ist die Klimakrise (also das „CO₂-Problem“) nur die Spitze des Eisbergs, also nur *ein* Teil einer allgemeinen Umweltkrise, deren negative Auswirkungen nur schwer quantifizierbar sind. Das European Environmental Bureau resümiert daher:

The conclusion is both overwhelmingly clear and sobering: not only is there no empirical evidence supporting the existence of a decoupling of economic growth from environmental pressures on anywhere near the scale needed to deal with environmental breakdown, but also, and perhaps more importantly, such decoupling appears unlikely to happen in the future. (Parrique, Barth, Briens, Kerschner, & Kraus-Polk, 2019)

Vor diesem Hintergrund entpuppt sich Nikolaus Kowalls „Traum der ökologischen Reindustrialisierung“ (Marterbauer, 2024) zur Stärkung des „Standorts Österreich“ als naiver, sozialdemokratisch-chauvinistischer Mythos.

5 Ökosozialismus oder Barbarei

Die weltweit zunehmenden Kriege sowie das Erstarken autoritärer, antidemokratischer Parteien und Persönlichkeiten sind starke Indizien für barbarische Zustände. Dies verunsichert viele Menschen, macht sie konservativer und somit paradoxerweise empfänglicher für genau jene Maßnahmen, die den Weg in die Barbarei beschleunigen (vgl. Novy, 2022). Ein Blick in die 1930er Jahre zeigt, dass weitverbreitete Verunsicherung infolge schwerer Krisen die Gesellschaft derart spalten kann, dass radikal menschenfeindliche Gruppierungen das Machtvakuum füllen, indem sie die Sorgen und Nöte der Menschen nicht unbedingt lösen, aber zumindest *ansprechen* (vgl. Kowall, 2023a; 2023b). Heute stehen wir vor einer vergleichbaren Situation – mit dem entscheidenden Unterschied jedoch, dass die sich tagtäglich verschlimmernde Umwelt- und Klimakrise nicht nur die menschliche Zivilisation zu zerstören droht, sondern jegliches Leben auf diesem Planeten. Die Hoffnung, dass der Kapitalismus am Ende ist, und daher Leid und Ungerechtigkeit endlich und automatisch ein Ende haben, ist naiv:

Einerseits, weil der Kapitalismus die Klimakrise durchaus überdauern kann. Andererseits – falls doch der Kapitalismus vor dem Klimasystem kippt –, weil die aus den Krisen des Kapitalismus entstehende neue Gesellschaft nicht unbedingt eine bessere sein muss – sie könnte noch viel ungerechter, ausbeuterischer und zerstörerischer sein als alle bisherigen Gesellschaften (vgl. Wallerstein, 2014).

Die Umwelt- und Klimakrise zeigt, dass der Kapitalismus grundsätzlich auf Bedingungen angewiesen ist, die er nicht selbst hervorbringen kann: eine intakte Umwelt, gesunde Arbeitskräfte und sozialen Frieden. Wie können also die Bedingungen wiederhergestellt werden, die für ein nachhaltiges (menschliches, tierisches und pflanzliches) Leben auf diesem Planeten erforderlich sind? Die bisherigen Ausführungen in diesem Artikel verdeutlichen, dass dies innerhalb des Kapitalismus höchstwahrscheinlich nicht weltweit möglich ist. Abschließend werden daher in diesem Kapitel einige Kernelemente einer neuen Gesellschaft namens *Ökosozialismus* skizziert. Zahlreiche andere AutorInnen haben dies bereits getan (siehe exempl. Löwy, 2015; Foster, 2009; Gorz, 1994), weshalb in Anlehnung an die in Kapitel 3 genannten Inspirationsquellen einer politischen Umweltökonomik jene Elemente fokussiert werden sollen, die sich aus den Ausführungen von MKKM ergeben.

Der Ökosozialismus kann nicht patriarchal sein (vgl. Mies, 2015 [1986], S. 357-360; Mies & Shiva, 2014). Die Ausbeutung der Frauen sowie ihre Zurückdrängung in „nichtöffentliche“ Bereiche muss genauso ein Ende haben wie die immer wiederkehrende (tödliche) Gewalt gegen Frauen in der ganzen Welt. Zwar hat es in manchen Ländern in den letzten Jahrzehnten Fortschritte gegeben, was die *rechtliche* Gleichstellung der Frauen sowie einen stärkeren Schutz vor männlicher Gewalt betrifft, aber die sozialen Fakten (wie z.B. der Gender-Pay-Gap oder die hohe Zahl an Femiziden) zeigen, dass Frauen nach wie vor politisch, ökonomisch und kulturell benachteiligt sind. Außerdem richten sich die meisten „Frauenpolitiken“ an die Frauen selbst, während die Rolle (junger) Männer seltener thematisiert wird. Es fehlen großangelegte Kampagnen, die den Männern klarmachen, dass auch sie im Patriarchat „zu Männern gemacht werden“ und unter den vorherrschenden Rollenbildern leiden. Ganz zu schweigen von öffentlichen Diskussionen, die die patriarchale Gewalt als ökologische Gewalt thematisieren. Ein Fortschritt im Bereich der Geschlechterverhältnisse kann erzielt werden, indem die (hauptsächlich von Frauen verrichtete) unbezahlte Sorgearbeit (auch „Reproduktionsarbeit“ oder „Care-Arbeit“ genannt) nicht nur stärker thematisiert, sondern auch fairer zwischen den Geschlechtern aufgeteilt wird. Erst dann wird diese für die Aufrechterhaltung der Gesellschaft essenzielle Arbeit sichtbarer und somit im besten Fall auch mehr geschätzt. Eine radikale Lohnarbeitszeitverkürzung kann hier neue, umweltschonende Denk- und Handlungshorizonte eröffnen, indem den Menschen mehr Zeit für soziale Aktivitäten, politisches Engagement und eine gesunde Lebensweise bleibt (vgl. Haug, 2009). Mit Nancy Fraser (2016) lässt sich in Anlehnung an Polanyi schließlich sagen, dass der Ökosozialismus sich nur dann durchsetzen wird können, wenn Frauen und Männer gemeinsam für sozial-ökologische Emanzipation und Einbettung gegen die kapitalistische Entbettung kämpfen.

Der Ökosozialismus muss demokratisch sein. Die von Marx anvisierte bewusste, rationelle und planmäßige Organisation des Verhältnisses zwischen Mensch und Natur führt im besten Fall zu einer solidarischen Selbstbegrenzung der Menschheit, die den zerstörerischen marktfundamentalistischen Automatismen ein Ende setzt (vgl. Saito, 2016). Polanyi (2001 [1944], S. 242) definiert Sozialismus daher folgendermaßen: „Socialism is, essentially, the tendency inherent in an industrial civilization to transcend the self-regulating market by consciously subordinating it to a democratic society.“ Die Demokratisierung der Gesellschaft sollte sich aber nicht nur auf den Bereich der bundesweiten Politik beschränken, sondern auf global-internationaler Ebene bis hin zur lokalen Gemeindeebene stattfinden, wobei zumindest ein Gleichgewicht zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft anzustreben ist (vgl. Rajan, 2021). Schließlich muss aber vor allem auch die Wirtschaft grundlegend und umfassend demokratisiert werden (vgl. Demirović, 2018). Letzteres führt nicht zuletzt dazu, dass Zeit gewonnen werden kann, um die Umwelt- und Klimakrise zu lösen. So können z.B. „Vergesellschaftungen“ (Brand & Wissen, 2024, S. 215-223), also demokratisch-betriebliche Selbstverwaltungen der ArbeiterInnen, nicht nur zu einer Verlangsamung von umweltschädlichen Produktionsprozessen (vgl. Urban, 2019), sondern auch zu einer Freisetzung gesellschaftlicher Energien für sinnvolle und sozial-ökologische Zwecke führen (vgl. Graeber, 2018). Dieser „partizipatorischer Sozialismus“ (Piketty, 2020, S. 966-1034) muss auch die Eigentumsfrage neu regeln, sodass das die Kommodifizierung begleitende Privateigentum (also lateinisch „geraubte Eigentum“) an Arbeitskraft und Natur demokratisch verunmöglicht wird, wodurch zerstörerischen Ausbeutungspraxen ein Ende bereitet wird.

Der Ökosozialismus kann nicht eurozentristisch sein. Er kann sich nicht auf einige wenige Zentren im globalen Norden und Westen beschränken, sondern er muss weltweit verallgemeinerbar sein. Dies erfordert einerseits staatsübergreifende Kooperationen durch eine Stärkung internationaler demokratischer Organisationen wie der Vereinten Nationen (vgl. Ziegler, 2017) und andererseits lokale Autarkie bzw. regionale Wirtschaftskreisläufe. Eine vernünftige und demokratische Wirtschaftsplanung ist hierbei unerlässlich, wobei ein zu starker Fokus auf nationale Planwirtschaften, die in Willkür, Bürokratie und Autoritarismus ausarten können, zu vermeiden ist. Polanyi (1945) sprach sich daher für regionale Planung im Gegensatz zu einem „universellen Kapitalismus“ aus. Dazu gehört auch, dass die regionalen Lebensrealitäten in den Ländern des globalen Südens respektiert und nicht als rückständig oder unterentwickelt abgetan werden. So ist das „gute Leben“ im Einklang mit der intakten Natur ein wichtiger Bezugspunkt uralter indigener Philosophien, die sich auch heute noch hartnäckig dem westlichen, materialistischen „Fortschritt“ entgegensetzen (siehe exempl. Acosta & Martínez, 2009). Fortschritt, Wachstum, Wohlstand, Glück und Zufriedenheit – all diese Ideale können in Zeiten der Umweltkrise nicht länger (rein) technisch-materiell determiniert sein. Nach 250 Jahren technischen Fortschritts wäre es daher Zeit für „soziale Innovationen“ (vgl. Schüll, Berner, Kolbinger,

& Pausch, 2022; Howaldt & Jacobsen, 2010), die aber nicht immer neu entwickelt, sondern oft einfach nur neu entdeckt werden müssen. Auch Marx war sich dieses Problems bewusst, weshalb er sich ab den späten 1860er Jahren von Eurozentrismus und „Produktivismus“ abwandte und beispielsweise die russische Dorfautonomie als Keimzelle einer revolutionären und solidarischen Lebensweise betrachtete (Saito, 2023, S. 124-142). Schließlich ist das gute, genügsame und gesellschaftliche Leben in Zeiten zunehmender psychischer Erkrankungen nicht Ausdruck esoterischer Ekstase, sondern bio-psycho-soziale Notwendigkeit, wie auch Polanyi (2001 [1944], S. 242) betont: „From the point of view of the community as a whole, socialism is merely the continuation of that endeavor to make society a distinctively human relationship of persons [...]“.

Der Ökosozialismus muss ein „Degrowth-Kommunismus“ sein (Saito, 2023; siehe auch D'Alisa, Demaria, & Kallis, 2016). Er muss mit dem in kapitalistischen, aber auch sowjetischen Gesellschaften herrschenden Wachstumszwang brechen, um dadurch – zumindest im „entwickelten“ globalen Norden – den enormen und umweltschädlichen Ressourcen- und Energieverbrauch zu beenden (vgl. Jackson, 2021; Novy, 2022). Die notwendige Verlangsamung wirtschaftlicher Aktivitäten wird einhergehen müssen mit einem Rückgang von kommerzieller Werbung und Konsumismus, was zu einer instabilen Phase kollektiver Entzugserscheinungen führen kann (vgl. Fromm, 1976). Ein alternatives Wohlfahrtsmaß anstelle des materialistisch-marktfixierten Bruttoinlandsprodukts kann hier den Übergang erleichtern, indem es den verstärkten Fokus auf Gebrauchswerte und andere bisher vernachlässigte Lebensbereiche in „offiziellen Statistiken“ abbildet (vgl. Stiglitz, Sen, & Fitoussi, 2010). Schließlich gibt es genügend gesellschaftliche Bereiche, die sowohl für das gesellschaftliche Wohlergehen unerlässlich sind als auch relativ umweltschonend sind, wie vor allem die arbeitsintensiven und systemrelevanten Tätigkeiten in Pflege, Bildung und Ernährung.

Zusammenfassung

„Politische Subversion setzt kognitive Subversion voraus, Subversion der Weltsicht.“, schrieb Bourdieu (2013, S. 11). Zu dieser Subversion möchte dieser Artikel beitragen, indem er aufzeigt, dass es in der Umweltökonomik unterschiedliche Sichten auf die Welt gibt. Die neoklassische, die keynesianische und die politische Umweltökonomik sind zunächst *theoretisch-wissenschaftliche* Alternativen, doch sobald sie sich in öffentlichen Debatten und Gesetzgebungsprozessen einfinden, können sie zu *praktisch-politischen* Alternativen werden. Denn alle menschlichen Gesellschaften, Wirtschaftssysteme und Naturverhältnisse sind komplexe kulturelle Konstrukte, die nicht zuletzt dadurch zur gelebten Realität werden, dass eine hinreichende Menge von Menschen an sie glaubt (vgl. Harari, 2015). Der Glaube an Veränderung ist schließlich auch jene Hoffnung, die seit jeher den menschlichen Veränderungs*willen* befeuert. Mit großer Wahrscheinlichkeit können die aus der neoklassischen und keynesianischen Theorieschule resultierenden politischen Maßnahmen das

Umkippen der gegenwärtigen Vielfachkrise in die Katastrophe höchstens verzögern, sodass die Gefahr der Barbarei immer näher rückt. Denn jede vertagte Krise ist eine ungelöste Krise, die früher oder später die menschliche Hoffnungslosigkeit, Verzweiflung, Ungeduld und Wut in einen absolut zerstörerischen Veränderungswillen entladen kann. Es reicht nicht, auf „den Markt“ oder „den Staat“ zu vertrauen. Auch „die Zivilgesellschaft“ alleine wird die Vielfachkrise nicht lösen. Durch MKKM inspiriert kann die politische Umweltökonomik aber zur Entstehung einer sozial-ökologisch nachhaltigen, solidarischen und universalistischen Lebensweise beitragen – dem Ökosozialismus.

Literaturverzeichnis

- Acosta, A., & Martínez, E. (Hrsg.). (2009). *El Buen Vivir. Una vía para el desarrollo*. Quito: Ediciones Abya-Yala.
- Aspers, P., & Beckert, J. (2017). Märkte. In A. Maurer (Hrsg.), *Handbuch der Wirtschaftssoziologie* (S. 215-240). Wiesbaden: Springer VS.
- Auer, M. (19. 04. 2022). *Der Mythos vom „Grünen Wachstum“*. Abgerufen am 07. 10. 2024 von Scientists for Future Österreich: <https://at.scientists4future.org/2022/04/19/mythos-vom-gruenen-wachstum/#sdfootnote9anc>
- Beck, U. (1986). *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Berger, J. (2008). Kapitalismusanalyse und Kapitalismuskritik. In A. Maurer (Hrsg.), *Handbuch der Wirtschaftssoziologie* (S. 363-381). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Binswanger, M. (2006). *Die Tretmühlen des Glücks. Wir haben immer mehr und werden nicht glücklicher. Was können wir tun?* Freiburg im Breisgau: Herder.
- Binswanger, M. (2019). *Der Wachstumszwang. Warum die Volkswirtschaft immer weiterwachsen muss, selbst wenn wir genug haben*. Weinheim: Wiley.
- Bonneuil, C., & Fressoz, J.-B. (2016). *The Shock of the Anthropocene. The earth, History and Us*. London, New York: Verso.
- Bourdieu, P. (2013). *Schriften. Band 7: Politik. Schriften zur Politischen Ökonomie 2*. Berlin: Suhrkamp.
- Brand, U., & Wissen, M. (2017). *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*. München: oekom.
- Brand, U., & Wissen, M. (2024). *Kapitalismus am Limit. Öko-imperiale Spannungen, umkämpfte Krisenpolitik und solidarische Perspektiven*. München: oekom.
- Bregman, R. (2020). *Im Grunde gut. Eine neue Geschichte der Menschheit*. Hamburg: Rowohlt.
- Brie, M. (2018). Karl Polanyi und Nancy Fraser im Dialog. In A. Thurnher (Hrsg.), *Transformation des Kapitalismus? Karl Polanyi. Wiederentdeckung eines Ökonomen* (S. 44-46). Wien: Falter.
- Bündnis 90/Die Grünen. (2020). Grundsatzprogramm: "...zu achten und schützen...": Veränderung schafft Halt. Abgerufen am 22. 09. 2022 von https://cms.gruene.de/uploads/documents/20200125_Grundsatzprogramm.pdf
- Burawoy, M. (2003). For a Sociological Marxism: The Complementary Convergence of Antonio Gramsci and Karl Polanyi. *Politics & Society* 31:2, S. 193-261.
- Burkett, P. (1999). *Marx and Nature. A Red and Green Perspective*. New York: St. Martin's Press.
- Castro Varela, M. (2018). „Das Leiden der Anderen betrachten“. Flucht, Solidarität und Postkoloniale Soziale Arbeit. In J. Bröse, S. Faas, & B. Stauber (Hrsg.), *Flucht, Solidarität und Postkoloniale Soziale Arbeit* (S. 3-20). Wiesbaden: Springer.
- Cohen, G. A. (1978). *Karl Marx's Theory of History: A Defence*. Princeton: University Press.
- Crotty, J. (2019). *Keynes Against Capitalism. His Economic Case for Liberal Socialism*. Oxon: Routledge.
- D'Alisa, G., Demaria, F., & Kallis, G. (Hrsg.). (2016). *Degrowth. Handbuch für eine neue Ära*. München: oekom.
- Davies, S., Pettersson, T., & Öberg, M. (2023). Organized violence 1989–2022, and the return of conflict between states. *Journal of Peace Research* 60(4), 691-708. Abgerufen am 29. 07. 2024 von <https://journals.sagepub.com/doi/epub/10.1177/00223433231185169>

- Dawkins, R. (1976). *The Selfish Gene*. Oxford: University Press.
- Demirović, A. (Hrsg.). (2018). *Wirtschaftsdemokratie neu denken*. Münster.
- Demirović, A., & Maihofer, A. (2013). Vielfachkrise und die Krise der Geschlechterverhältnisse. In H. M. Nickel, & A. Heilmann (Hrsg.), *Krise, Kritik, Allianzen. Arbeits- und geschlechtersoziologische Perspektiven* (S. 30-48). Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Demirović, A., Dück, J., Becker, F., & Bader, P. (Hrsg.). (2011). *VielfachKrise. Im finanzdominierten Kapitalismus*. Hamburg: VSA.
- Elder-Vass, D. (2016). *Profit and Gift in the Digital Economy*. Cambridge: University Press.
- Energy Institute. (2024). *Statistical Review of World Energy*. London: Statistical Review of World Energy. Abgerufen am 31. 07. 2024 von <https://www.energyinst.org/statistical-review>
- Engels, F. (1975 [1884]). *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats*. Berlin: Dietz.
- Europäische Kommission. (2019). MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN EUROPÄISCHEN RAT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN. Der europäische Grüne Deal. Abgerufen am 01. 10. 2024 von https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:b828d165-1c22-11ea-8c1f-01aa75ed71a1.0021.02/DOC_1&format=PDF
- Europäische Kommission. (2024). Verordnung (EU) 2024/1252 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 zur Schaffung eines Rahmens zur Gewährleistung einer sicheren und nachhaltigen Versorgung mit kritischen Rohstoffen. Abgerufen am 01. 10. 2024 von https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:L_202401252
- Europäische Kommission. (kein Datum). *Der europäische Grüne Deal. Erster klimaneutraler Kontinent werden*. Abgerufen am 01. 10. 2024 von Europäische Kommission: https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal_de
- Exploring Economics*. (kein Datum). Abgerufen am 31. 07. 2024 von <https://www.exploring-economics.org/de/orientieren/#discover>
- Federici, S. (2012). *Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation*. mandelbaum.
- Foster, J. B. (2009). *The Ecological Revolution. Making Peace with the Planet*. New York: Monthly Review Press.
- Fraser, N. (2016). Contradictions of Capital and Care. *New Left Review* 100, 99-117.
- Fraser, N., & Jaeggi, R. (2020). *Kapitalismus. Ein Gespräch über kritische Theorie*. Berlin: Suhrkamp.
- Friedman, T. L. (19. 01. 2007). *A Warning From the Garden*. Abgerufen am 01. 10. 2024 von The New York Times: <https://archive.is/IXccd>
- Fromm, E. (1976). *Haben oder Sein. Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Galeano, E. (2010 [1971]). *Die offenen Adern Lateinamerikas. Die Geschichte eines Kontinents*. Wuppertal: Peter Hammer Verlag.
- Gorz, A. (1994). *Capitalism, Socialism, Ecology*. London, New York: Verso.
- Graeber, D. (2014). *Schulden. Die ersten 5.000 Jahre*. München: Wilhelm Goldmann Verlag.
- Graeber, D. (2018). *Bullshit Jobs. A Theory*. New York: Simon & Schuster.
- Graeber, D., & Wengrow, D. (2021). *The Dawn of Everything. A New History of Humanity*. London: Allen Lane.

- Gramsci, A. (2002). *Gefängnishefte, Band 1-10 [geschrieben 1929-1935, veröffentlicht 1991-2002]*. (K. Bochmann, & W. F. Haug, Hrsg.) Hamburg: Argument.
- Hanley, N., Shogren, J. F., & White, B. (2013). *Introduction to Environmental Economics*. Oxford: University Press.
- Harari, Y. N. (2015). *Sapiens. A Brief History of Humankind*. London: Vintage.
- Haug, F. (2009). *Die Vier-in-einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke*. Hamburg: Argument.
- Holt, R. P., Pressman, S., & Spash, C. L. (Hrsg.). (2009). *Post Keynesian and Ecological Economics. Confronting Environmental Issues*. Cheltenham/Northampton: Edward Elgar.
- Horaczek, N. (27. 02. 2019). *Die Klimawandelleugner-Lobby*. Abgerufen am 21. 09. 2024 von Falter: <https://www.falter.at/zeitung/20190227/die-klimawandelleugner-lobby>
- Howaldt, J., & Jacobsen, H. (Hrsg.). (2010). *Soziale Innovation. Auf dem Weg zu einem postindustriellen Innovationsparadigma*. Wiesbaden: Springer VS.
- Howard, M. C. (1985). Fernand Braudel on Capitalism: A Theoretical Analysis. *Historical Reflections / Réflexions Historiques* 12:3, 469-483.
- IPCC. (2023). Summary for Policymakers. In Core Writing Team, H. Lee, & J. Romero (Hrsg.), *Climate Change 2023: Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change* (S. 1-34). Geneva: Switzerland.
- Jackson, T. (2021). *Post Growth. Life after Capitalism*. Cambridge, UK & Medford, USA: Polity.
- Johnson, P. (2010). *Making the Market. Victorian Origins of Corporate Capitalism*. Cambridge: University Press.
- Kain, R. J., Chapman, J., & Oliver, R. R. (2004). *The Enclosure Maps of England and Wales 1595-1918*. Cambridge: University Press.
- Keynes, J. M. (2013 [1936]). *The General Theory of Employment, Interest and Money*. Cambridge: University Press.
- Konzett, E., & Vettorazzi, C. (18. 09. 2024). Sepp Schellhorn (Neos) und Niki Kowall (SPÖ) im Gespräch über die österreichische Wirtschaft. *Falter* 38/24, S. 18-19.
- Kowall, N. (2023a). Die orthodoxe Wirtschaftspolitik der SPD zwischen 1929 und 1933. *Wirtschaftsdienst* 103(4), 269-275.
- Kowall, N. (2023b). „Arbeit und Brot“ – die sozioökonomische NS-Propaganda vor 1933. *Wirtschaftsdienst* 103(6), 406-412.
- Kowall, N. (29. 02. 2024). *Für ein ökologisches Akkumulationsregime*. Abgerufen am 07. 10. 2024 von A&W Blog: <https://www.awblog.at/Europa/Fuer-ein-oekologisches-Akkumulationsregime>
- Kowall, N. (kein Datum). *Niki Kowall*. Abgerufen am 01. 10. 2024 von <https://www.kowall.at/>
- Kraemer, K., & Münnich, S. (Hrsg.). (2021). *Ökonomischer Nationalismus. Soziologische Analysen wirtschaftlicher Ordnungen*. Frankfurt: Campus.
- Krichmayr, K. (05. 06. 2024). *"Highway in die Klimahölle": Zwölfter heißester Monat in Folge gemessen*. Abgerufen am 25. 07. 2024 von Der Standard: <https://www.derstandard.at/story/3000000223033/highway-in-die-klimahoelle-zwoelfter-heissester-monat-in-folge-gemessen>
- Kurz, H. D. (2018). Hin zu Marx und über ihn hinaus. Zum 200. Geburtstag eines deutschen politischen Ökonomen von historischem Rang. *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 19:3, 1-21.

- Kurz, H. D. (2020). Zur Bildung von Blasen im Fach und was man dagegen tun kann. Plädoyer für eine solide Ausbildung in Theorie und Wirtschaftsgeschichte. In P. d. Wissenschaften (Hrsg.), *Wozu Wissenschaftsgeschichte? Ziele und Wege* (S. 77-96). Abgerufen am 31. 07. 2024 von https://epub.oeaw.ac.at/0xc1aa5576_0x003acb19.pdf
- Linebaugh, P. (2014). *Stop, Thief! The Commons, Enclosures, and Resistance*. Oakland: PM Press.
- Löwy, M. (2015). *Ecosocialism. A Radical Alternative to Capitalist Catastrophe*. Chicago: Haymarket Books.
- Luxemburg, R. (2012 [1916]). *Die Krise der Sozialdemokratie*. Berlin: heptagon.
- Maeße, J., & Sparsam, J. (2017). Die Performativität der Wirtschaftswissenschaft. In A. Maurer (Hrsg.), *Handbuch der Wirtschaftssoziologie* (S. 181-195). Wiesbaden: Springer VS.
- Marterbauer, M. (17. 07. 2024). Der Traum der ökologischen Reindustrialisierung. *Falter* 29/24, S. 19.
- Marx, K. (1968 [1844]). *Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844 (MEW Band 40)*. Berlin: Dietz. Abgerufen am 19. 09. 2024 von http://www.mlwerke.de/me/me40/me40_465.htm
- Marx, K. (1971 [1859]). *Zur Kritik der Politischen Ökonomie (MEW Band 13)*. Berlin: Dietz. Abgerufen am 21. 09. 2024 von http://www.mlwerke.de/me/me13/me13_003.htm
- Marx, K. (2013 [1867]). *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. Buch I: Der Produktionsprozeß des Kapitals*. Berlin: Dietz.
- Marx, K., & Engels, F. (2011 [1848]). *Manifest der Kommunistischen Partei*. Ditzingen: Reclam.
- Mazzucato, M. (2015). *The Entrepreneurial State. Debunking Public vs. Private Sector Myths*. New York: PublicAffairs.
- Mazzucato, M. (2021). *Mission Economy. A Moonshot Guide to Changing Capitalism*. London: Allen Lane-Penguin.
- Meadows, D. L., Meadows, D. H., Zahn, E., & Milling, P. (1972). *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Mies, M. (2015 [1986]). *Patriarchat und Kapital*. München: bge.
- Mies, M., & Shiva, V. (2014). *Ecofeminism*. London: Zed Books.
- Monetative. (2020). Die Vollgeldreform – Gründe, Umsetzung, Folgen. Abgerufen am 20. 09. 2024 von https://monetative.de/wp-content/uploads/2020/10/Vollgeldbrosch%C3%BCre_Monetative_2020.pdf
- Morozov, E. (11. 05. 2023). Kalte Krieger im Silicon Valley. *Le Monde Diplomatique*. Abgerufen am 29. 07. 2024 von <https://monde-diplomatique.de/artikel/!5915538>
- Narodoslawsky, B. (21./22. 09. 2024). "Mein Freund Harald" - und die Klimaleugner. *Der Standard*, S. 31.
- Novy, A. (2022). Politische Ökonomie der Transformation. *Kurswechsel 2/2022: In Transformation*.
- Otto, F. (2023). *Klimaungerechtigkeit. Was die Klimakatastrophe mit Kapitalismus, Rassismus und Sexismus zu tun hat*. Berlin: Ullstein.
- Ottomeyer, K. (1977). *Ökonomische Zwänge und menschliche Beziehungen. Soziales Verhalten im Kapitalismus*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Ottomeyer, K. (2022). *Angst und Politik. Sozialpsychologische Betrachtungen zum Umgang mit Bedrohungen*. Gießen: Psychosozial-Verlag.

- Our World in Data. (16. 05. 2024a). *Global GDP over the long run. Historical data – World Bank, Maddison Project Database, Maddison Database*. Abgerufen am 02. 08. 2024 von Our World in Data: <https://ourworldindata.org/grapher/global-gdp-over-the-long-run>
- Our World in Data. (2024b). *Global direct primary energy consumption*. Abgerufen am 21. 09. 2024 von Our World in Data: <https://ourworldindata.org/grapher/global-primary-energy?facet=none>
- Parrique, T., Barth, J., Briens, F., Kerschner, C., & Kraus-Polk, A. (2019). *Decoupling Debunked. Evidence and arguments against green growth as a sole strategy for sustainability*. Abgerufen am 07. 10. 2024 von European Environmental Bureau: <https://eeb.org/wp-content/uploads/2019/07/Decoupling-Debunked.pdf>
- Peterson, J. B. (2018). *12 Rules for Life. An Antidote to Chaos*. Toronto: Random House Canada.
- Piketty, T. (2020). *Capital and Ideology*. Cambridge & London: The Belknap Press of Harvard University Press.
- Plehwe, D., Neujeffski, M., & Goldenbaum, M. (2022). Neoliberale Strategie-Mobilität in der Anti-Klimapolitik. Atlas-Think-Tank-Netzwerk Strategien und Kampagnen gegen ambitionierte Klimapolitik (2000-2022). *Momentum Kongress*. Hallstatt.
- Plumpe, W. (2011). *Wirtschaftskrisen. Geschichte und Gegenwart*. München: Beck.
- Polanyi, K. (1945). Universal Capitalism Or Regional Planning? *The London Quarterly of World Affairs* 10:3, S. 86-91. Abgerufen am 7. 8. 2019 von http://www.karlpolanyisociety.com/wp-content/uploads/2018/10/Universal-Capitalism-or-Regional-Planning_e.pdf
- Polanyi, K. (1977). *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Wien: Suhrkamp.
- Polanyi, K. (2001 [1944]). *The Great Transformation. The Political and Economic Origins of Our Time*. Boston: Beacon Press.
- Rajan, R. (2021). Communities, the state, and markets: the case for inclusive localism. *Oxford Review of Economic Policy* 37(4), 811–823.
- Rosling, H., Rosling, O., & Rönnlund, A. R. (2018). *Factfulness. Ten Reasons We're Wrong About the World – and Why Things Are Better Than You Think*. London: Sceptre.
- Rousseau, J.-J. (1995 [1755]). Über den Ursprung der Ungleichheit unter den Menschen. In K. Weigand (Hrsg.), *Schriften zur Kulturkritik* (S. 61-269). Hamburg: Felix Meiner.
- Sahr, A. (2017a). *Das Versprechen des Geldes. Eine Praxistheorie des Kredits*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Sahr, A. (2017b). *Keystroke-Kapitalismus*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Saito, K. (2016). *Natur gegen Kapital. Marx' Ökologie in seiner unvollendeten Kritik des Kapitalismus*. Frankfurt am Main: Campus.
- Saito, K. (2023). *Systemsturz. Der Sieg der Natur über den Kapitalismus*. München: dtv.
- Schüll, E., Berner, H., Kolbinger, M. L., & Pausch, M. (Hrsg.). (2022). *Soziale Innovation im Kontext*. Wiesbaden: Springer VS.
- Schulmeister, S. (2017). Was der New Deal war und was er jetzt sein könnte. In A. Thurnher (Hrsg.), *Ökonomie. Eine kritische Handreichung. Öffentlich / Privat. Ein paradoxes Verhältnis* (S. 46-48). Wien: Falter.
- Schulmeister, S. (2018). *Der Weg zur Prosperität*. Salzburg: Ecowin Verlag.
- Shaikh, A. (2016). *Capitalism: Competition, Conflict, Crises*. Oxford: University Press.
- Srnicek, N. (2017). *Platform Capitalism*. Cambridge, UK; Malden, USA: Polity Press.

- Steffen, W., Broadgate, W., Deutsch, L., Gaffney, O., & Ludwig, C. (2015). The trajectory of the Anthropocene: The Great Acceleration. *The Anthropocene Review* 2:1, S. 81-98.
- Steg, J. (2019). *Krisen des Kapitalismus. Eine historisch-soziologische Analyse*. Frankfurt am Main: Campus.
- Steg, J. (2020). Was heißt eigentlich Krise? *Soziologie* 49:4, S. 423-435.
- Stiglitz, J. E., Sen, A., & Fitoussi, J.-P. (2010). *Mismeasuring Our Lives. Why GDP Doesn't Add Up. The Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress*. New York: The New Press.
- Streeck, W. (2013). *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Streeck, W. (2016). *How Will Capitalism End? Essays on a Failing System*. London, New York: Verso.
- Suleyman, M., & Bhaskar, M. (2023). *The Coming Wave. Technology, Power, and the Twenty-First Century's Greatest Dilemma*. New York: Crown.
- The Green New Deal Group. (2021). *The Green New Deal*. Abgerufen am 01. 10. 2024 von The Green New Deal Group: <https://greennewdealgroup.org/the-green-new-deal/>
- Uppsala Conflict Data Program. (kein Datum). *UCDP Charts, Graphs and Maps*. Abgerufen am 29. 07. 2024 von Uppsala Conflict Data Program: <https://ucdp.uu.se/downloads/charts/>
- Urban, H.-J. (11. 12. 2019). *Wirtschaftsdemokratie statt kapitalistischem Wachstumszwang*. Abgerufen am 08. 10. 2024 von A&W Blog: <https://www.awblog.at/Wirtschaft/wirtschaftsdemokratie-statt-kapitalistischem-wachstumszwang>
- Wallerstein, I. (2014). Die strukturelle Krise oder Warum sich der Kapitalismus nicht mehr rentieren könnte. In R. C. Immanuel Wallerstein, *Stirbt der Kapitalismus? Fünf Szenarien für das 21. Jahrhundert* (S. 17-47). Frankfurt / New York: Campus Verlag.
- Windolf, P. (2005). Was ist Finanzmarkt-Kapitalismus? In P. Windolf (Hrsg.), *Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen* (S. 20-57). Wiesbaden: VS.
- Wissen, M. (2012). Klimawandel. In J. Jäger, & E. Springler (Hrsg.), *Ökonomie der internationalen Entwicklung. Eine kritische Einführung in die Volkswirtschaftslehre* (S. 230-233). Wien: Mandelbaum.
- World Health Organization. (Februar 2024). *A scientific framework for epidemic and pandemic research preparedness*. Geneva. Abgerufen am 26. 07. 2024 von <https://www.who.int/news-room/events/detail/2024/01/19/default-calendar/Research-response-to-pathogen-X-during-a-pandemic>
- Zehner, O. (2012). *Green Illusions. The Dirty Secrets of Clean Energy and the Future of Environmentalism*. Lincoln & London: University of Nebraska Press.
- Ziegler, J. (2017). *Der schmale Grat der Hoffnung. Meine gewonnenen und verlorenen Kämpfe und die, die wir gemeinsam gewinnen werden*. München: C. Bertelsmann.
- Žižek, S. (2010). A Permanent Economic Emergency. *New Left Review* 64, 85-95.
- Zuboff, S. (2019). *The Age of Surveillance Capitalism. The Fight for a Human Future at the New Frontier of Power*. London: Profile Books.
- Zückert, H. (2003). *Allmende und Allmendaufhebung. Vergleichende Studien zum Spätmittelalter bis zu den Agrarreformen*. Stuttgart: Lucius & Lucius.